

1 S 20587 F



FRAGEN DER FREIHEIT

EINE SCHRIFTENREIHE

FOLGE 77

JULI 1969

„Das Universum ist ein Gedanke Gottes. Nachdem dieses idealische Bild in die Wirklichkeit hinübertrat und die geborne Welt den Riß ihres Schöpfers erfüllte — erlaube mir diese menschliche Vorstellung — so ist der Beruf aller denkenden Wesen, in diesem vorhandenen Ganzen die erste Zeichnung wiederzufinden, die Regel in der Maschine, die Einheit in der Zusammensetzung, das Gesetz in dem Phänomen aufzusuchen und das Gebäude rückwärts auf seinen Grundriß zu übertragen. Also gibt es für mich nur eine einzige Erscheinung in der Natur, das denkende Wesen. Die große Zusammensetzung, die wir Welt nennen, bleibt mir jetzo nur merkwürdig, weil sie vorhanden ist, mir die mannigfaltigen Äußerungen jenes Wesens symbolisch zu bezeichnen. Alles in mir und außer mir ist nur Hieroglyphe einer Kraft, die mir ähnlich ist. Die Gesetze der Natur sind die Chiffren, welche das denkende Wesen zusammenfügt, sich dem denkenden Wesen verständlich zu machen — das Alphabet, vermittelt dessen alle Geister mit dem vollkommensten Geist und mit sich selbst unterhandeln. Harmonie, Wahrheit, Ordnung, Schönheit, Vortrefflichkeit geben mir Freude, weil sie mich in den tätigen Zustand ihres Erfinders, ihres Besitzers versetzen, weil sie mir die Gegenwart eines vernünftig empfindenden Wesens verraten und meine Verwandtschaft mit diesem Wesen mich ahnen lassen. Eine neue Erfahrung in diesem Reiche der Wahrheit, die Gravitation, der entdeckte Umlauf des Blutes, das Natursystem des Linnäus, heißen mir ursprünglich eben das, was eine Antike, in Herculenum hervorgegraben — beides nur Widerschein eines Geistes, neue Bekanntschaft mit einem mir ähnlichen Wesen. Ich bespreche mich mit dem Unendlichen durch das Instrument der Natur, durch die Weltgeschichte — ich lese die Seele des Künstlers in seinem Apollo.“

Friedrich Schiller

(aus: „Philosophische Briefe“)

FRAGEN DER FREIHEIT

Schriftenreihe für Ordnungsfragen der Wirtschaft,
des Staates und des kulturellen Lebens

FOLGE 77

Juli 1969

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung durch

Lothar Vogel

Postverlagsort: 65 Mainz

Inhaltsübersicht

Seite

Fritz Penserot

Probleme unserer Gesellschaftsordnung 3

Albert Laubi

Die Freiheitsfrage in den Wirtschaftsformen . . 25
Aus dem Gespräch vom 22./23. März 1969
auf dem Herzberg, Zürich

Alois Dorfner

Bericht über die Tagung des Seminars
„Die freie Meinung“ in Linz/Donau
vom 1. bis 3. Mai 1969 30

Paul Heinrich Diehl

Buchbesprechung 34

Übersicht über die in "Fragen der Freiheit"
seither behandelten Themen 36

Programm

23. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung
in Herrsching am Ammersee vom 2. bis 12. August 1969.
Thema: Die Sozialordnung als Schule der Freiheit.
— Die Überwindung der autoritären Strukturen in
unserem Wirtschafts- und Bildungssystem —

Probleme unserer Gesellschaftsordnung*

- I. Warum Gesellschaftsordnung?
- II. Die Gesellschaftsverfassung der Bundesrepublik
 - A. Das Grundgesetz von 1949
 - B. Die Wirtschaftsverfassung
 - C. Die Kulturordnung
- III. Die Bundesrepublik Deutschland in der Krise
 - A. Ungelöste Rechtsstaatsprobleme
 - B. Ungelöste Wirtschaftsordnungsprobleme
 - 1. Der gegenwärtige Zustand
 - 2. Die Wirkungen der Vollbeschäftigung
 - 3. Wie gelangen wir zur Dauervollbeschäftigung?
 - C. Die Kulturkrise in der Bundesrepublik
- IV. Die Notwendigkeit der Erkenntnis

I. Warum Gesellschaftsordnung?

Es ist eine weitverbreitete Meinung, daß alles Übel im menschlichen Zusammenleben daher komme, daß wir Menschen nicht gut seien; daß wir die

*) Vortrag, gehalten auf der 14. evangelischen Dorfkirchenwoche in Meckesheim bei Heidelberg, am 30. Januar 1969.

Verbindung zu Gott verloren hätten; daß wir nicht mehr bereit oder fähig seien zu glauben, das Wort Gottes glaubend aufzunehmen und anzuerkennen, und daß wir, weil wir die re-ligio verloren haben, die Mitmenschen nicht mehr liebten wie uns selbst.

Und die Folgerung aus dieser weitverbreiteten Meinung ist dann, daß es gar nicht so wichtig sei, wie denn unsere Gesellschafts- und Lebensordnung sowohl im Großen wie im Kleinen beschaffen sei — wichtig sei vielmehr allein, daß die Menschen ihre selbstsüchtigen Neigungen, ihren Egoismus aufgaben und nur aus Liebe zum Nächsten handelten; und daß es folglich nur darauf ankomme, sie wieder zu veranlassen, aus Nächstenliebe zu handeln.

Als weitere Folgerung aus dieser Meinung ergibt sich dann, daß man den Fragen der Gesellschaftsordnung — und das sind ja zudem Fragen nach dem garstigen Bereiche des Staatlichen und des Politischen — nicht entfernt die Bedeutung beimißt, die ihnen tatsächlich zukommt, wenn man es nicht sogar einfach ablehnt, sich überhaupt mit ihnen zu befassen.

Und doch ist gerade diese Frage nach der „richtigen“ Ordnung des menschlichen Zusammenlebens und die Antwort darauf mit das Wichtigste, was uns als Menschen überhaupt aufgegeben ist.

Denn gerade das, was die Wohlmeinenden als wünschenswert und möglich ansehen, daß wir Menschen doch gut sein könnten — gerade das ist uns Menschen nicht von vornherein gegeben. Es ist von Anbeginn der Schöpfung des homo sapiens — schlechthin von „Natur“ aus, per definitionem — nicht gegeben!

Homo sapiens — der „weise“ Mensch — das schließt den Irrtum mit ein. Die Menschwerdung selbst, die Absonderung des Menschen von der Natur, das Heraustreten des Menschen aus der Eingebundenheit in die natürliche Ordnung der Dinge durch das, was die religiöse Überlieferung den Sündenfall nennt — indem der Mensch vom Baum der Erkenntnis ißt! — bedeutet, nein: ist das Sich-seiner-selbstbewußtwerden und damit zugleich die Erlangung des freien Willens.

„Mitten in die Welt“, spricht der Schöpfer zu Adam, „habe ich dich gestellt, damit du umso leichter um dich schauest und sehest alles, was darinnen ist. Ich schuf dich als ein Wesen, weder himmlisch noch irdisch, weder sterblich noch unsterblich allein, damit du dein eigener freier Bildner und Überwinder seiest; du kannst zum Tier entarten und zum gottähnlichen Wesen dich wiedergebären. . . . Du allein hast eine Entwicklung, ein Wachsen nach freiem Willen, du allein hast Keime eines allartigen Willens in dir.“

So hat es Pico della Mirandola in seiner unvergleichlichen Rede „Über die Würde des Menschen“ ausgedrückt.

Es steht also zweifelhaft mit der Hoffnung auf die menschliche Güte, und wer dennoch auf sie allein bauen will, geht in die Irre, überläßt die Menschheit der Willkür der Skrupellosen und der Mächtigen, deren Ziele so gut wie niemals mit dem Allgemeinen Wohle, dem *bonum commune*, identisch sind. Deshalb also ist Ordnung, wahrheitsgemäße — gerechte Ordnung des menschlichen Zusammenlebens notwendig.

Und so ist denn auch die Errichtung der Ordnung und das Herstellen eines solchen Zustandes, daß die Gerechtigkeit allein herrscht, die Etablierung des Rechtsstaates also; die vornehmste Aufgabe der Führer der Menschheit seit unvordenklichen Zeiten. Die Geschichte der Völker und der Menschheit ist ein einziges großes Ringen um Ordnung und um die Macht, die notwendig ist, gerechte Ordnung zu errichten: — Freilich ist es auch oft genug ein Kampf um die bloße Macht, um die Macht lediglich um der Macht willen. Diese aber ist dann immer und überall böse — weil sie nicht der Aufgabe des Menschen, der Suche nach der Wahrheit, der Wiederverbindung mit der Wahrheit und dem Handeln gemäß der Wahrheit, entspricht.

Von der altägyptischen Theokratie — mit ihrem Gott-König an der Spitze und einer Beamtenhierarchie über einem noch in einer Art Traumbewußtsein lebenden, „unmündigen“ Volke — über die perikleische athenische Demokratie des erwachenden Griechenland bis zum modernen demokratischen Rechtsstaat — in dem jeder Einzelne jedem anderen Einzelnen generell gleichgestellt ist und das Gesamtgeschick mitbestimmen kann (oder sich doch zumindest zur Mitbestimmung für befähigt hält); und von Platons „*Politeia*“ über Augustinus' „*Civitas Dei*“, Dantes „*Monarchia*“, Macchiavellis „*Principe*“, Hobbes' „*Leviathan*“ usw. bis zur Breschnjew-Doktrin unserer Tage — immer geht es um die Ordnung des menschlichen Zusammenlebens, um die Gesellschaftsordnung also, und um die Macht, die jeweils als richtig angesehene Ordnung zu verwirklichen.

Wobei — und das ist keine Frage, sondern das ist gerade das Schicksal der Menschheit seit der Zeit des Sündenfalls und dem Mord des Kain an Abel — die Versuchungen der Macht immer wieder die Mächtigen von ihrer Aufgabe ablenkt und zu den schrecklichsten Untaten hingerissen haben. Und wobei, zweitens, die Unvollkommenheit des Menschen und seine Neigung, immer wieder nur einen oder nur wenige Aspekte des Ordnungsproblems ins Auge zu fassen, ihn noch zu allen Zeiten der Geschichte hindurch daran gehindert haben, eine wirklich vollkommene Ordnung zu errichten.

Und so kann sich denn die Menschheit bereits dann schon glücklich preisen, wenn ihre Sozialordnung wenigstens im Ansatz und in der Tendenz richtig ist; wenn wenigstens überhaupt schon im Frieden und in friedlicher Weise um die Bestgestaltung der Ordnung gerungen werden kann.

Denn — und das ist nun das Entscheidende — mit dem Bemühen um die Ordnung kommt das Wichtigste hinzu: das Bemühen um die Wahrheit; die Suche nach dem Recht, das Streben nach der Gerechtigkeit. Denn nur eine solche Gesellschaftsordnung kann von Bestand sein, die auf der Wahrheit und auf dem Recht gegründet ist. „Ordnung“ heißt im Grunde ja nichts anderes als: Manifestation von Wahrheit und Recht im Bereiche des menschlichen Zusammenlebens; heißt: Bewußtmachung der dem sozialen Leben zugrundeliegenden Gesetzmäßigkeiten. Das ist der eigentliche Sinn des Begriffes „Ordnung“. Die Wahrheit und das Recht sollen durch die Ordnung in die Verhältnisse der Menschen hineinwirken; die Ordnung soll den Menschen eine Hilfe sein, mehr Wahrheit zu erfassen, die Wahrheit besser zu erkennen, um diese alsdann in ihrem Tun, in ihrem Zusammenleben zu verwirklichen, manifest werden zu lassen.

Wie aber erkennen wir nun die wahre Ordnung und das wahre Recht? Wo sind die Menschen, die aus Einsicht „am ersten nach dem Reiche Gottes und seiner Gerechtigkeit trachten“? Wo sind die Menschen, die eines solchen guten Willens sind? Und: Wie kann solcher guter Wille geweckt werden? Wie kann der Sinn für die „Allgemeine Gerechtigkeit“ (die „*justitia generalis*“ und das „Allgemeine Beste“ (das „*bonum commune*“) wachgerufen werden?

Das sind die eigentlichen Fragen, mit denen wir uns heute auseinandersetzen müßten. Das sind die Grundfragen, ohne deren Beantwortung alle anderen Probleme in der Luft hängen.

Doch betrachten wir, ehe wir uns diesen Fragen zuwenden, zunächst einmal die konkreten Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland, so wie sie sich seit dem Kriege entwickelt haben.

II. Die Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland

A. Das Grundgesetz von 1949

Als im Jahre 1948/49 im „Parlamentarischen Rat“ — in der Verfassungsgebenden Versammlung der Bundesrepublik also — die Grundlagen des Zusammenlebens der Menschen in der Bundesrepublik, die Grundordnung der Verfassung, gelegt wurden, da ging man — noch völlig unter dem Eindruck der ungeheuerlichen Menschenverachtung und Menschenvernichtung durch das wahnwitzige Hitler-Regime — von dem Grundgedanken aus, daß zunächst einmal und unter allen Umständen die Würde und die Freiheit der menschlichen Person geschätzt und unter die ganz besondere Obhut des Staates gestellt werden müsse. Dementsprechend fanden die beiden schlechthin entscheidenden Grundrechtsartikel unseres Grundgesetzes, die Artikel 1 und 2, folgenden Wortlaut:

Artikel 1: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(2) Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2:

(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.

(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Und auch die nachfolgenden Artikel 3 bis 6 des Grundgesetzes betonen ebenso unbedingt den Vorrang der menschlichen Person vor den Belangen des Staates. Artikel 3 verkündet die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz, Artikel 4 die Glaubens- und Gewissensfreiheit, Artikel 5 das Recht auf die freie Meinungsäußerung, Artikel 6 das Elternrecht auf die Erziehung der Kinder.

Damit ist völlig klar und eindeutig der Vorrang der menschlichen Person, d. h. der Vorrang des Einzelmenschen, vor dem Staat und vor welchem anderen Kollektiv, auch immer, dokumentiert und sichergestellt. „Der Staat ist um des Menschen willen da, nicht der Mensch um des Staates willen. Die Würde der menschlichen Person ist unantastbar.“ So hieß es bereits im Herrenchiemseer Entwurf zu Artikel 1 des Grundgesetzes. Und so ist also ganz ausdrücklich und völlig unzweideutig der Mensch und die Entfaltung des Menschlichen in der Welt zum eigentlichen Inhalt, zur eigentlichen Aufgabe der Bundesrepublik erhoben. Nur wenn die Bundesrepublik Deutschland dieses Ziel verfolgt, hat sie eine Existenzberechtigung! — nach dem von ihr in einer Sternstunde selbst gesetzten Grundgesetz!

Es ist vielfach behauptet worden, im Grunde sei die Bundesrepublik nichts anderes als eine Fortsetzung der Weimarer Republik, nur in einem etwas anderen Gewande. Das stimmt also grundsätzlich nicht. In der Verfassung des Deutschen Reiches von 1919 rangierten die „Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen“ erst im zweiten Hauptteil dieser Verfassung, nachdem zuvor in 108 Artikeln Aufbau und Aufgaben des Reiches behandelt worden sind. Damals stand ohne Frage das deutsche Reich an erster, der Mensch, die Einzelperson aber erst an zweiter Stelle.

der Rangordnung. Man kann also nicht gut von einer Restaurationsepoche sprechen, wenn man die Verfassungsgrundlage der Bundesrepublik ins Auge faßt.

B. Die Wirtschaftsverfassung

Neben der Staatsverfassung ist die Wirtschaftsverfassung, die Wirtschaftsordnung, von entscheidender Bedeutung für die Lebens- und Gesellschaftsverhältnisse in einem Gemeinwesen. Die Bundesrepublik hat in dieser Hinsicht bereits rund ein Jahr vor der Einführung des Grundgesetzes eine Entscheidung getroffen, die für ihre weitere Entwicklung die Weichen in geradezu irreversibler Weise gestellt hat: mit der Währungsreform vom Juni 1948 haben sich die Länder der englisch, französisch und amerikanisch besetzten Zonen eine neue Geldordnung gegeben, die sie ziemlich radikal von der Geldordnung der sowjetisch besetzten Zone abgetrennt hat. Zugleich aber — und das ist das noch Wichtigere — haben sie sich unter der Führung Erhards eine neue Wirtschaftsordnung gegeben, die sie in noch eindeutiger Weise von der sowjetisch-russisch besetzten Zone abhebt: die Abschaffung der staatlichen Wirtschaftslenkungsstellen auf fast allen Wirtschaftsgebieten (ausgenommen Landwirtschaft und Bergbau — zu deren, wie man heute sagen muß, höchst fatalem „Glück“) und die Einführung der freien Marktwirtschaft.

Neben dem Grundgesetz von 1949 ist diese Marktwirtschaftsordnung zum zweiten Pfeiler der Bundesrepublik Deutschland und — von der übrigen Welt her gesehen — sogar zum hervorstechendsten Kennzeichen der Bundesrepublik überhaupt geworden. Es muß hier bereits jedoch ein ganz wichtiger Punkt ergänzt werden: die Marktwirtschaft und die Geldreform der Bundesrepublik sind nicht denkbar und wären nie zu dem äußeren Erfolg geworden, als der sie unter dem Kennwort „Wirtschaftswunder“ bereits in die Geschichte eingegangen sind, wenn nicht fast gleichzeitig mit Währungsreform und Marktwirtschaftsordnung die Bundesrepublik an den freien Wirtschaftsverkehr der westlichen Welt durch den Anschluß an das Geldsystem des Internationalen Währungsfonds, an das internationale Zollsystem und alle sonstigen Währungs- und Wirtschaftsinstitutionen des Westens einschließlich der EWG angeschlossen worden wäre.

Man muß also auch in Bezug auf die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik — bei einem Vergleich mit der Weimarer Republik — sagen: es hat keine Restauration der Weimarer Verhältnisse stattgefunden. Die Bundesrepublik hat vielmehr durch die Westintegration ihrer Wirtschaft einen grundsätzlich neuen Weg eingeschlagen.

Und das gilt in gewisser Hinsicht sogar für den Kern dessen, was der Bundesrepublik von allen ihren Kritikern — sowohl denen, die aus natio-

nalistischem Ressentiment von ganz rechts, wie denen, die aus sozialistischem Ressentiment von ganz links kommen — als die schlimmste aller ihrer Sünden vorgeworfen wird, von ihrem „Kapitalismus“.

Die Währungsverfassung der Bundesrepublik (die als solche zwar weitgehend ungeschrieben, die indessen eine höchst reale Wirklichkeit ist) ist zwar insofern noch durchaus „kapitalistisch“, als ohne Kapitalverzinsung (und hier ist die eigentliche Quelle des Marx'schen „Mehrwertes“ zu suchen) bei diesem Geldsystem keine Investitionen erfolgen und eben deshalb die Wirtschaft prinzipiell noch nicht krisenfrei ist (denn es gibt noch kein allgemein anerkanntes, zuverlässiges Mittel, den Geld-Güter-Kreislauf so zu regulieren, daß er sich gleichmäßig, stetig, ohne hektische Schwankungen vollzieht) — die Währungsverfassung ist also zwar noch „kapitalistisch“, aber sowohl Bundeswirtschaftsministerium wie Bundesnotenbank haben doch schon ihr Instrumentarium zur Bekämpfung der Wirtschaftskrisen soweit entwickelt, daß es wohl kaum mehr zu einer Katastrophe wie 1929-34 kommen kann.

Freilich, gerade hier — in der Frage der Erhaltung und Sicherung der Dauerkonjunktur und damit Dauervollbeschäftigung — steckt der Teufel im Detail. Wir müssen uns deshalb dieser Frage gleich nachher noch einmal eingehend zuwenden.

Zunächst dürfen wir festhalten: Die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik ist marktwirtschaftlich. Sie basiert also auf dem Funktionieren des Wettbewerbs der Anbietenden und Nachfragenden auf dem „Markt“, genauer: auf den unzähligen Teilmärkten; und sie ist „kapitalistisch“ insofern, als ihr Zirkulationsmittel, das Geld, einen solchen Charakter trägt, daß es sich nur dann zum Tausch zur Verfügung stellt, wenn es seinem jeweiligen Besitzer einen Vorteil bietet — sei es den der benötigten Ware, sei es den des Zinses.

Aber dieser „Kapitalismus“ ist — wie die Entwicklung der Wirtschaft in den letzten zwanzig Jahren beweist — grundsätzlich verbesserungsfähig. Er kann tatsächlich reformiert werden — mögen die Widerstände von mancherlei „Interessenten“ auch noch so stark sein. Und insofern kann man unseren heutigen Zustand nicht als hoffnungslos bezeichnen.

C. Die Kulturodnung

Der dritte Ordnungsbereich, mit dem wir es zu tun haben, ist der des kulturellen Lebens. Auch hier liegen die Dinge in der Bundesrepublik anders und zum Teil besser als in der Weimarer Republik. Die Tatsache, daß die Grundrechte absolut im Mittelpunkt der Verfassung stehen, beweist dies bereits. Es kann kaum in Abrede gestellt werden, daß die Bundesrepu-

blik Deutschland — trotz vieler Unzulänglichkeiten — eines der freiheitlichsten Länder der Welt ist.

Dennoch ist gerade auf dem kulturellen Felde der Bundesrepublik ein Schönheitsfehler zu verzeichnen, der — zumal für die Weiterentwicklung des Menschen — gar nicht als gefährlich genug angesehen werden kann: das ist unser Erziehungs- und Bildungswesen. Dieses steht — auf Grund des Artikels 7 des Grundgesetzes — unter der Aufsicht des Staates. Das allein wäre jedoch noch nicht das Schlimmste. Aber es wird auch — von einer vergleichsweise verschwindend geringen Zahl von Privatschulen abgesehen — vom Staate und von staatlicher Schulbürokratie betrieben.

Dadurch aber besitzt der Staat praktisch das Schulmonopol! Und dieses Schulmonopol wirkt umso härter, als der Staat zugleich mit ihm auch noch das Prüfungsmonopol — vor allem in Gestalt des Abiturs — ausübt, das alle Schulen zwingt, ihre Lehr- und Erziehungspläne, das heißt aber ihre ganze — andernfalls eigenständige — Pädagogik den Wünschen und Zielen des Staates anzupassen, unterzuordnen.

Staatsschule — das heißt: der Lehrer ist Staatsbeamter. Beamte aber sind ihrem Dienstherrn — und nur diesem! — verpflichtet. Gewiß ist es die Aufgabe des Lehrerbeamten, die Schulerziehung der Kinder exakt nach den jeweiligen Lehrplänen zu besorgen. In jedem Falle aber sind die Beamten ihrem Dienstherrn, der Schulbürokratie, *mehr* Rechenschaft schuldig als dem zu erziehenden Kinde und dessen Eltern. Wer je das Verhältnis von Kindern und deren Eltern zu Staatsschullehrern mit dem zu Privatschullehrern vergleichen konnte, wird den eklatanten Unterschied in dem Verhalten der beiden Lehrerarten zu den Kindern und deren Eltern nicht mehr vergessen.

Natürlich gibt es zahllose Staatsschullehrer, die sich um die ihnen anvertrauten Schüler absolut genau so intensiv bemühen, als wenn sie von der Zustimmung der Eltern in gewisser Hinsicht abhängige Privatschullehrer wären, und umgekehrt gibt es auch genügend Privatschullehrer, die ihrer Aufgabe nicht oder nur ungenügend gewachsen sind. Dennoch: aufs Ganze gesehen, ist der Unterschied unverkennbar: hier steht das Kind absolut im Mittelpunkt aller Betrachtungen und Bemühungen, dort die Anordnung der staatlichen Schulbürokratie; hier sind die Lehrer den Eltern in erster Linie verantwortlich, dort ihrer vorgesetzten Behörde; hier genießen die Eltern Autorität, dort der Staat und durch ihn mittelbar der beamtete Lehrer.

Man mag es wenden, wie immer man will: in unseren staatlichen Schulen herrschen auch heute noch fast unverändert „autoritäre Strukturen“, wie man sie sonst in keinem Lebensbereich mehr kennt oder dulden würde. Es ist daher keineswegs von ungefähr, daß ausgerechnet unsere Oberschüler und

Studenten in so großer Zahl gegen dieses Erziehungssystem einer letztlich menschenunwürdigen „Sozialchancen-Zwangswirtschaft“, wie es Schelsky nennt, gegen den es tragenden Staat und gegen die es verteidigenden (weil von diesem Zustand profitierenden) Lehrer- und Professoren-Beamten protestieren.

Um nicht mißverstanden zu werden: damit billige ich in keiner Weise die Methoden, mit denen in jüngster Zeit die Studenten die Ordnung der Bundesrepublik attackieren. Aber ich bin durchaus der Meinung, daß die teilweise noch mittelalterlich anmutende autoritäre Struktur unseres Bildungswesens in Verbindung mit der durch das reine Staatsschulwesen verbreiteten A-religiosität, mit plattestem Materialismus und ödestem Utilitarismus raschestens aufgelockert und überwunden werden müßte, wenn wir noch einmal eine Chance bekommen wollen, wieder eine Kulturnation zu werden.

Lassen Sie mich, der Übersichtlichkeit halber, diese Betrachtung über die allgemeinen Ordnungsgrundlagen der Bundesrepublik Deutschland kurz zusammenfassen:

Die Bundesrepublik ist — von ihrer verfassungsmäßigen Grundordnung her — durchaus ein Rechtsstaat, in dem der Mensch als zur Freiheit berufene Person absolut im Mittelpunkt aller staatlichen Aufgaben steht.

Die Bundesrepublik ist — als Wirtschaftsorganismus, von ihrer Wirtschafts- und Währungsverfassung her — eingebettet in die westliche „kapitalistische“ Marktwirtschaft, deren Währungsgrundlage das in Bretton Woods gegründete Internationale Währungssystem mit Gold-Devisen-Standard, festen Wechselkursen und dem Dollar als Leitwährung ist. Und insofern ist die Bundesrepublik durchaus abhängig vom Westen und somit auch von allen Fehlern, die dort gemacht werden. Aber man kann selbst beim bösesten Willen nicht sagen, daß die Wirtschafts- und Währungsordnung der Bundesrepublik so miserabel wäre, daß man nicht mehr länger mit ihr leben und daß sie nicht mehr reformiert, verbessert werden könnte.

Die Bundesrepublik ist — als kulturelle Einheit, von der Ordnung des kulturellen Lebens her — vollkommen selbstständig. In ihr herrscht weiteste geistig-kulturelle Freiheit. Es gibt in dieser Hinsicht wohl kaum noch ein freieres Land in der Welt. Aber auf dem Gebiete des Erziehungs- und Bildungswesens da herrscht — von der Grundordnung als solcher her! — noch immer ein gut Teil Mittelalter. Zwar ist das kirchliche Schulmonopol längst abgeschafft, aber es ist ersetzt worden durch ein faktisches Staatsschulmonopol, das wegen seiner unpädagogischen, rein auf Ausbildung, Nutzeffekt und Lebenspraxis abgestellten materialistischen Zielsetzung das Einströmen frischer, wirklich geistiger Impulse und dadurch eine neue, wahrhaft geistgegründete moralisch-sittliche Erneuerung vereitelt.

III. Die Bundesrepublik Deutschland in der Krise

Könnte man also sagen: Abgesehen von dem auf Artikel 7 des Grundgesetzes basierenden Erziehungs- und Bildungswesen ist unsere Gesellschaftsverfassung als solche demnach gar nicht so schlecht!? Diese Frage möchte ich — ganz gewiß in diametralem Gegensatz zu den Auffassungen der studentischen Vertreter der Außer- bzw. Anti-Parlamentarischen Opposition — ausdrücklich mit „Ja“ beantworten. Unsere Verfassung bietet uns jede Möglichkeit, unser Gemeinschaftsleben menschengemäß, wahrheitsgemäß, freiheitlich einzurichten und zu führen. Mit anderen Worten: unser Verfassungsauftrag ist prinzipiell in Ordnung. Was bei uns nicht in Ordnung ist, das ist unsere heute praktizierte Verfassungswirklichkeit! Hier ist freilich der Teufel am Werk. Und er nimmt gar vielfältige, verschlungene Wege.

Die Zahl der Mängel, mit denen wir es heute in der Bundesrepublik zu tun haben, ist so groß, daß es unmöglich ist, sie hier auch nur aufzuzählen. Lassen Sie mich deshalb einige exemplarische und möglichst aktuelle Fälle herausgreifen.

A. Ungelöste Rechtsstaatsprobleme

Wir sagten: unsere Verfassungspraxis stimmt nicht mit unserem Verfassungsauftrag überein. Vor allem wird der Artikel 1 des Grundgesetzes — „die Würde des Menschen ist unantastbar“ — nicht zum durchgängigen Prinzip bei der Verfassungsanwendung gemacht. Das Selbstbestimmungsrecht der Person wird an den verschiedensten Stellen — zum Teil noch in der Verfassung selbst, mehr aber in der rechtlich-politischen Wirklichkeit — mißachtet oder verletzt. Abgesehen von dem bereits erwähnten Artikel 7, der das Schulwesen unter die Aufsicht des Staates stellt, erklärt z. B. der Artikel 20 — der aber nicht mehr zu den eigentlichen Grundrechten gehört und folglich von untergeordneter Bedeutung sein müßte —: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ So kommt durch diesen Artikel 20 das fatale jakobinische, die Mehrheit vergötternde, egalitäre Prinzip durch die Hintertür wieder in unsere Verfassungspraxis herein. Und auf Grund dieses Prinzips maßt sich dann das Parlament in allen Fragen, die überhaupt an es herangetragen werden, Entscheidungskompetenzen an. Dabei lernt schon jeder Schüler: „Was ist die Mehrheit? Die Mehrheit, das ist der Unsinn. Verstand ist stets bei wenigen nur gewesen!“ (Schiller „Demetrius“) Unsere Parlamentarier aber entscheiden unbekümmert heute über Wirtschafts- und gar Währungsfragen, morgen über Gesundheits- und Arzneimittel- und Altersversorgungsprobleme, übermorgen über kulturelle- und Erziehungsfragen, usw. Und das alles in den allermeisten Fällen ohne jede auch nur halbwegs gründliche Kenntnis des jeweiligen Sachverhalts.

Mit anderen Worten: unsere Verfassung ist auf das Selbstbestimmungsrecht

des Einzelnen gegründet, in der Wirklichkeit aber haben wir einen allzuständigen Einheitsstaat, regiert von Parlamentariern, die — einfach aus der Natur der Sache heraus — mehr oder weniger inkompetent sind.

Es war die große, epochemachende Erkenntnis Montesquieus, daß Macht nur dadurch kontrolliert werden kann, daß man ihr genügend Gegenmacht entgegenstellt. Alle Macht in einer Hand — das ist Diktatur und Willkür, denn den Versuchungen der Macht vermag kein Machthaber zu widerstehen. Deshalb müssen Regierung, Gesetzgebung und Rechtsprechung — die drei spezifischen Funktionsbereiche des Staates — grundsätzlich voneinander getrennt werden. In den USA ist dieses Prinzip einigermaßen schulbuchmäßig verwirklicht: Präsident, Parlament und Senat, Oberster Bundesgerichtshof. In England gibt es die strenge Trennung nicht, die drei Gewalten sind merkwürdig miteinander verflochten, aber in England herrscht noch ein gewisser common sense, ein allgemeiner gemeinsamer Sinn für das Rechte, der u. a. auch noch in der Krone Sprachrohr und Stütze findet. In der Bundesrepublik dagegen fehlt dieser common sense so gut wie vollkommen, und die Gewaltenteilung ist nur teilweise durchgeführt, insbesondere erfolgt die Bildung der Exekutive aus der jeweiligen Mehrheit der Legislative, so daß von einer Kontrolle der Regierung durch das Parlament keine Rede mehr sein kann. Lediglich die — zahlenmäßig aber mehr oder weniger weit unterlegene — Opposition innerhalb des Parlaments vermag noch ein schwaches Gegengewicht gegen die Übermacht der regierenden Partei darzustellen.

Solange sich das Regieren auf rein staatspolitische Aufgaben bezieht, mag dieses verwachsene System noch hingenommen werden können. Da aber heute auch noch Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, sowie Kulturordnung und Kulturpolitik von der Staatsgewalt als zu ihrem Zuständigkeitsbereich gehörig angesehen werden, gibt es fast keinen staatsfreien Raum mehr für den Bürger. Hier liegt einer der Gründe dafür, warum unsere Studenten mit Recht (!) unsere Gesellschaft als irgendwie „repressiv“ empfinden. Solange der Staat in weite Bereiche unseres wirtschaftlichen und kulturellen Lebens hineinreden kann, solange kann von Freiheit bei uns keine Rede sein.

Hier, in dieser Tatsache der Allzuständigkeit des Einheitsstaats, liegt ferner der Grund dafür, warum es den widerwärtigen Lobbyismus gibt, das Buhlen — oft mit Bestechungsmitteln — um die Gunst der Parlamentarier durch die Vertreter der mächtigen Verbände und Gewerkschaften.

Und hier liegt schließlich auch der Hauptansatzpunkt für die fatalen Wahlgeschenke und die Sonderwünsche vieler Bundestagsabgeordneter, die überhaupt nichts anderes im Sinn haben, als ihrem jeweiligen Wahlbezirk oder ihrer jeweiligen Sondergruppe Sondervorteile zu Lasten der Allgemeinheit zu verschaffen — nur zu dem Zweck, daß sie das nächste Mal wiedergewählt werden.

Aber, so verächtlich diese Sorte von Volksvertretern auch ist, das eigentliche Übel liegt darin, daß es überhaupt erst durch die mangelnde Gewaltenteilung und mangelnde Sozialbereichstrennung möglich gemacht wird. Hätten wir eine stramm durchgeführte erweiterte Gewaltenteilung — hier Staat, da Wirtschaft, dort Kultur — und hätte der Staat lediglich die Befugnis, den reinen Rechtsrahmen für die Wirtschaft und die Kultur zu setzen, ohne jedes weitere Recht der Mitsprache in diesen beiden Bereichen, so wäre eines der schlimmsten Übel unserer Gesellschaftsordnung beseitigt.

So aber, so wie die Dinge jetzt liegen, wird unendlich viel kostbare — für das allgemeine Beste aber völlig unnütze, ja schädliche — Zeit und Kraft und Mühe von unseren Gesetzemachern und Regierenden in die Sonderinteressen der Bauern, der Bergarbeiter, der Beamten, der Lehrer und Professoren, der Flüchtlinge, der Gewerkschaften, der Krankenkassen, der Ärzte, des Schiffbaus, der Exportindustrie, des Verkehrsgewerbes, ja einzelner Gebiete und Wahlkreise, usw usw. hineingesteckt — die Ordnung als solche aber und das *allgemeine* Beste werden darüber vergessen, ja gehen zusanden.

Würde — nur um ein wichtiges Beispiel zu nennen — unsere Regierung sich lediglich um dieses eine kümmern: um ein solches Geldwesen, daß wir stetige Dauerkonjunktur und damit Vollbeschäftigung hätten; würde sich die Regierung also lediglich um die diesbezügliche Grundordnung als solche kümmern — so wäre fortan eine ganze Flut von Einzelgesetzen vollkommen überflüssig, die heute, ohne solche zuverlässige Ordnung, den Bundestag jahraus, jahrein beschäftigen, und die Parlamentarier und Minister und Ministerialbeamten bekämen ihre Köpfe und ihre jetzt stets zuerst nach den Wünschen der Wähler schielenden Seelen frei für die eigentlichen, wichtigen und im Grunde sehr wenigen echten Staatsaufgaben, nämlich die Aufgaben eben jener reinen Ordnung und ihrer Verbesserung — damit der *Mensch* frei werde in diesem Staat und durch diesen Staat, so wie es das Grundgesetz will und wie es für das allgemeine Beste notwendig wäre.

B. Ungelöste Wirtschaftsordnungsprobleme

Freilich, es gibt bislang noch kein allgemein anerkanntes und zugleich wirkungsvolles Wirtschaftsordnungskonzept, das das Problem der Herbeiführung und Erhaltung der Dauerkonjunktur und Dauervollbeschäftigung bei stabilem Geldwert und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht mit Sicherheit lösen könnte.

1. Der derzeitige Zustand

Betrachten wir uns den gegenwärtigen Zustand. Gegen die Wirtschaft der Bundesrepublik werden vor allem folgende Vorwürfe erhoben:

- sie sei „kapitalistisch“ und deshalb zugleich „imperialistisch“;

- in ihr werde der Lohnarbeiter nach wie vor von den „Kapitalisten“ ausgebeutet;
- die Arbeitskraft des Arbeiters sei nach wie vor für den „Kapitalisten“ nichts anderes als eine Ware;
- infolgedessen sei das — das eigentliche Menschenwesen am stärksten berührende — Problem der Entfremdung des Menschen von seinem eigenen, eigentlichen inneren Wesenskern vollkommen ungelöst;
- der Basiskonflikt „gesellschaftliche Produktionsweise — privatwirtschaftliche Aneignung des Ertrags“ sei völlig ungelöst. Am Fabrikator höre für den Arbeiter die Freiheit auf, beginne die absolute Herrschaft der Unternehmer und der Eigentümer an den Produktionsmitteln über die faktisch rechtlosen Lohnarbeiter.
- Die weitere Folge dieses Zustandes sei — zugleich mit dem Diebstahl des von den Arbeitern geschaffenen „Mehr-Wertes“ durch die Kapitaleigentümer — die immer ungehinderte Akkumulation und Konzentration des Kapitals in den Händen von immer weniger, immer reicheren, immer mächtigeren „Monopol-Kapitalisten“.
- Weil, schließlich, das kapitalistische „System“ unfähig sei, Wirtschaftskrisen zu vermeiden, gäbe es nicht nur immer wieder Arbeitslosigkeit und dadurch Not und Elend in den Arbeiterhäusern, sondern die Unterbeschäftigung der Produktionsmittel in Verbindung mit immer schärferem Wettbewerb zwingt auch die Unternehmer-Kapitalisten zu immer raffinierteren Methoden der Werbung, der Beeinflussung der Käuferschichten durch „geheime Verführer“, der Herstellung minderwertiger Produkte, und schließlich der direkten Verschwendung von Produkten und Investitionsgütern bis hin zur vollkommenen Vernichtungsproduktion, dem Kriege.
- Und weil dieses „kapitalistische System“ unfähig und nicht willens sei, diesen Zustand der Ungerechtigkeit je abzuschaffen, deshalb müsse die Arbeiterschaft es — notfalls mit Gewalt — beseitigen oder doch zumindest so verändern, daß die Macht und Herrschaft der „Monopol-Kapitalisten“ ein für allemal gebrochen werde. Dabei reichen dann die Forderungen der Reform-Revolutionäre von der paritätischen oder qualifizierten Mitbestimmung der Arbeiter-Vertreter — das heißt also vor allem der Gewerkschaftsfunktionäre — bis hin zum totalen Umsturz der bisherigen Ordnung (wie „Änderung des Grundgesetzes durch Referendum“, „Vergesellschaftung der Produktionsmittel“, „Produktion auf der Grundlage des ermittelten Bedarfs“ — so die Forderungen der neu gegründeten „Demokratischen Union“) und Einführung des „Rätesystems“ (so der SDS) — wobei es diesen Kritikern selber völlig unklar ist, wie sie sich das alles überhaupt vorstellen sollen.

Das hier angeschnittene Knäuel von Problemen kann nun hier nicht im einzelnen entwirrt werden, es ist aber sehr wohl möglich, einen entscheidenden Hebel zu nennen, mit dessen Hilfe der eigentliche Kern aller dieser Probleme erkennbar gemacht und damit die Problematik als Ganzes in den Griff genommen werden kann. Dieser Hebel heißt: Dauervollbeschäftigung durch Geldreform.

2. Die Wirkung der Vollbeschäftigung

Stellen Sie sich bitte einmal vor, wir hätten auf einen längeren Zeitraum von Jahren die gleiche Vollbeschäftigung, wie wir sie in der Zeit von etwa 1961 bis 1965/66 hatten und die sich jetzt wieder abzeichnet. Was würde dann geschehen?

Wir haben es alle erlebt: dann hört langsam aber sicher die relative Macht der Unternehmer und ihrer Manager auf. Dann ist der Arbeiter nicht mehr gezwungen, sich mit dem zufrieden zu geben, was ihm der Unternehmer anbietet, sondern er ist nun in der Lage, in völliger Freiheit einen Arbeitsvertrag mit dem Unternehmer abzuschließen. Denn er kann ja nun notfalls jederzeit seinen Arbeitsplatz im Rahmen seiner Fähigkeiten wechseln und sich die Arbeit und *den* Chef aussuchen, die ihm am meisten zusagen. Das heißt aber: die Ausbeutung ist damit überwunden, die Arbeitskraft kann nicht mehr wie eine Ware behandelt werden, der Arbeiter braucht sich keine Demütigungen mehr gefallen zu lassen. Denn Vollbeschäftigung schafft Vertragsfreiheit!

Zugleich wird durch die Dauervollbeschäftigung allmählich das Problem der Entfremdung gelöst. Der einzelne Arbeiter selbst — zumal wenn er schon älter ist — mag vielleicht nicht mehr in die Lage kommen, den Beruf zu ergreifen, der seinem inneren Wesen am meisten entspricht, aber er kann immerhin in seiner immer reichlicher bemessenen Freizeit sich mit den Dingen beschäftigen, die seine Seele ausfüllen. Und ganz bestimmt kann er seine Kinder *die* Berufe ergreifen lassen, die diesen am meisten liegen. Überdies bietet sich bei Dauervollbeschäftigung eine solche Fülle von Bildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten, daß das Entfremdungsproblem ganz bald seine Bedeutung und damit seine verbitternde Wirkung verloren haben wird.

Dauervollbeschäftigung hat folgende weitere Wirkungen: das Kapital wird immer reichlicher gebildet und daher in immer größerem Ausmaße verfügbar. Dadurch werden aber die Möglichkeiten, es zinsbringend zu investieren, allmählich geringer. Gewiß, es wird zunächst dahin wandern, wo ihm die höchsten Zinsen winken — und völlig zurecht hat der Zins diese kapitallenkende Funktion! — denn dadurch fließt es dorthin, wo es dringend gebraucht wird, das heißt aber zugleich: wo es die volkswirtschaftlich wichtigste Funktion zu erfüllen hat. Aber insgesamt gesehen werden solche

lukrativen Investitionsmöglichkeiten mit der Zeit seltener. Die Folge wird sein: das Kapital wird langsam aber stetig billiger angeboten, d. h. der Zinssatz sinkt nach unten. Das heißt aber weiter: es wird zunehmend immer mehr Möglichkeiten geben, mit billigem Gelde z. B. Häuser zu errichten, neue Betriebe zu bauen, die Infrastruktur zu verbessern, private Schulen zu finanzieren, Stiftungen zu unterstützen, Kunstwerke zu erwerben, den unendlichen Bereich des kulturellen Lebens zu fördern usw.

Das hat dann die weitere Wirkung: die Akkumulationsrate des Kapitals wird allmählich rückläufig werden, die Konzentrationsbewegung kommt zum Stillstand, die „Mehrwert“-rate d. h. die Zinsrate sinkt immer tiefer ab, die Arbeitseinkommen steigen prozentual zu den Kapitaleinkommen stetig an.

Ferner: wenn das Kapital immer billiger wird, dann hört auch der Druck, unter dem alle stehen, die mit fremdem Kapital arbeiten, allmählich auf. Das aber bedeutet: es muß nicht mehr unter allen Umständen Umsatz und nochmal Umsatz erzielt werden. Die Werbung wird unwichtiger, ihre Macht sinkt. Die Verschleißproduktion wird überflüssig. Das Leben insgesamt wird menschlicher werden.

Und warum das alles? Weil auf eine längere Zahl von Jahren Vollbeschäftigung herrscht. Ergo: es ist die Vollbeschäftigung, die frei macht! Die Vollbeschäftigung schafft die Tauschgerechtigkeit, die Brüderlichkeit, die Gegenseitigkeit, die schon Proudhon „die Formel der Gerechtigkeit“ genannt hat.

3. Wie gelangen wir zur Dauervollbeschäftigung?

Das ist die entscheidende Frage. Und es ist in der Tat die Frage, von der das Schicksal der Bundesrepublik Deutschland, wie das Schicksal der noch halbwegs freien Welt überhaupt abhängt.

Wer regelmäßig die wirtschaftspolitischen Artikel einiger großer Zeitungen verfolgt, wird unschwer feststellen können, wie sehr man sich um dieses Problem in maßgebenden Politiker-, Wirtschaftler-, Bankier- und ähnlichen Kreisen bemüht. Wobei ich ohne weiteres einräume, daß durchaus nicht alle um dieses Problem Ringenden reinen Herzens sind; daß es vielmehr viele darunter gibt, die zwar die Massen nicht ins Elend stürzen, die aber doch auch ihre Vorzugspositionen nicht verlieren wollen — was im Falle einer wirklich funktionierenden Dauerkonjunktur und -Vollbeschäftigung zweifellos der Fall wäre. Aber es kann andererseits wirklich nicht gezeugnet werden, daß zahllose Politiker und Professoren ehrlich darum ringen, die Erkenntnisse und die ordnungspolitischen Instrumente zu erlangen, die zur Überwindung der sozialen Ungerechtigkeiten und zur Erlangung der Freiheit erforderlich sind.

Wie also gelangen wir zur Dauer-Vollbeschäftigung? Im Prinzip ist die Frage leicht zu beantworten: Dauer-Vollbeschäftigung entsteht dann, wenn der Gegenwert aller Güter und Dienstleistungen, das Geld, regelmäßig und stetig wieder ausgegeben, d. h. in den Wirtschaftskreislauf zurückgeführt wird. Oder anders ausgedrückt: wenn sämtliche Kosten der Gesamt-Produktion — also alle Aufwendungen für Rohstoffe, Energie, Löhne, Gehälter, Privatentnahmen, Zinsen Dividenden, Mieten, Pächte usw. usw., die ja auf der Seite der Empfangenden nichts anderes als deren Einkommen sind — wieder dazu verwendet werden, die Produktion zu kaufen. Wenn alles Geld regelmäßig und stetig ausgegeben wird, dann kann keine Krise entstehen.

Aber — da unser Geld, im Gegensatz zur mehr oder weniger verderblichen Ware, unverderblich ist, ist es der Ware in dieser Hinsicht überlegen. Es kann warten. Es kann gehortet werden. Und es kann dadurch den Wirtschaftskreislauf unterbrechen. Geschieht dieses Warten in großem Stile, so bricht der Wirtschaftskreislauf zusammen, die Krise ist da, die Vollbeschäftigung hat ein Ende, die Zeit der faktischen Vertragsfreiheit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist vorbei.

Deshalb muß durch eine sinnreiche Erfindung dafür gesorgt werden, daß niemand sein Geld länger als für dessen normale Wiederbeschaffung durch die Arbeit horten kann. Zu diesem Zwecke muß es unter leichten Umlaufdruck gesetzt werden; muß sein Umlauf — und damit der gesamte Wirtschaftskreislauf — gesichert werden.

Dies kann nach dem derzeitigen Stand der Dinge auf zweierlei Weise geschehen: entweder man vermehrt die Gesamtmenge — man produziert mittels der Notenbank-geld-presse immer mehr Geld bzw. nimmt von der Notenbank laufend neue Kredite auf (was praktisch auf das gleiche hinausläuft) — oder man sichert den Umlauf der einzelnen Geldzeichen dadurch, daß man diese, etwa durch unregelmäßig wiederkehrende Belastungen/Besteuerungen, in ihrem Wert herabsetzt („rostenden Banknoten“, Keynes)

Die erstere Methode wird heute in der ganzen Welt mehr oder weniger absichtlich praktiziert. Ihre Folge ist die Dauer-Inflation, unter der wir seit Jahren — von den beiden Jahren der absichtlich herbeigeführten Rezession abgesehen — zu leiden haben.

Eine fatale Folge der Inflation, die vielleicht fatalste überhaupt, ist die, daß die Menschen sich Schutz suchend an den Staat wenden. Weil sie nicht wirksam sparen können, muß der Staat für sie die „Daseinsvorsorge“ treffen — ein im Grunde tief demütigendes System! So verdirbt die Inflation — so gut ihre Wirkungen für den Wirtschaftskreislauf im Vergleich zur Stagnation sein mögen — auf die Dauer die Seelen und den Charakter und das Verantwortungs- und das Selbstbewußtsein der Menschen — und damit deren innere Freiheit!

Die zweite Geldumlauf-Sicherungsmethode scheint aus der Diskussion der westlichen Welt verbannt zu sein. Wenn es irgendwo ein Tabu gibt, so hier. Selbst der große englische Nationalökonom John Maynard Keynes hat es nicht gewagt, es in seinem weltberühmten Buche „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ offen zu diskutieren, wie wohl er es immerhin für den Fachmann verständlich angedeutet hat, indem er sagte:

„Wir könnten somit tatsächlich (und das wäre nicht unerreichbar) solange eine Kapitalvermehrung anstreben, bis dieses aufhört, knapp zu sein, sodaß der funktionslose Investor (der „Kapitalist“ also — d. U.) fürderhin keinen Bonus (keine Zinsen oder Dividenden also — d. U.) mehr erhalten wird; und einen *Plan direkter Besteuerung*, der es ermöglicht, die Intelligenz und die Entschlußkraft und das Durchsetzungsvermögen des Finanzmannes, des Unternehmers et hoc genus omne (die ihren Beruf gewiß so gern haben, daß ihre Leistungen viel billiger als gegenwärtig erhältlich wären) zu einer angemessenen Vergütung in den Dienst des Gemeinwesens einzuspannen.“

Unter Berücksichtigung aller Umstände kann kein Zweifel darüber bestehen, daß Keynes mit diesem „Plan einer direkten Besteuerung“ („scheme of direct taxation“) nichts anderes als eine Geldbesteuerung, also eine direkte Belastung der einzelnen Geldzeichen bzw. Banknoten mit einer „Steuer“, einem Aufgeld, gemeint hat, um auf diese Weise den Geldumlauf stetig anzutreiben und dadurch Dauerkonjunktur und Dauervollbeschäftigung zu erzielen, die dann wiederum zu der gewünschten und angestrebten anhaltenden Kapitalvermehrung und dadurch zu einem Absinken des Zinssatzes und so zur Entmachtung des Kapitals und schließlich zur Überwindung des „kapitalistischen Systems“ überhaupt führen.

Im Gegensatz zum Kommunismus, der ein absolut straff durchdachtes, organisiertes System auf rein materialistischer Grundlage zwecks totaler zentraler Lenkung des gesamten, Wirtschaft, Staat und Kultur umfassenden sozialen Lebens darstellt, ist der „Kapitalismus“ überhaupt keinerlei System, sondern lediglich die Folge des ganz normalen egoistischen Verhaltens der Menschen auf einer nicht voll durchschauten Währungsgrundlage, eben des im Vergleich zu jeder anderen Ware praktisch unverderblichen und deshalb ihr überlegenen Dauergeldes. Man nehme dem Geld seinen Dauercharakter — durch Inflation oder Umlaufsicherung anderer Art — und es verliert sofort seine Fähigkeit, zu erpressen, und wird zu einem rein dienenden Mittel des Wirtschaftskreislaufes. Nichts anderes hat Keynes angestrebt.

Und was geschieht in dieser Hinsicht in der Bundesrepublik Deutschland? Erhard ist bekanntlich an dem Problem der Erhaltung der Geldwertstabilität bei gleichzeitiger Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung gescheitert. Er hat die — damals zweifellos überschäumende — Konjunktur in einem poli-

tisch kritischen Augenblick zu scharf abgebremst und so die Rezession herbeigeführt. Währungspolitisch gesprochen: er hat der Geldwertstabilität den Vorzug vor der Vollbeschäftigung gegeben. Das hat ihn den Kanzlerstuhl und ein gut Teil seines schon fast sagenhaften Ruhmes gekostet.

Schiller ist es gelungen, die Konjunktur wieder flott zu bekommen. Es hat aber allen Anschein, daß ihm noch in diesem Jahre 1969 die Preise davonlaufen werden. Sein Mittel der Konjunkturanheizung ist, genau betrachtet, nichts anderes als das des Auslösens einer potentiell bereits vorhandenen leichten Inflation durch Einschaltung steuerlicher und anderer staatlicher Stimulanten. Daher rührt denn ja auch seine Gegnerschaft gegen Blessing, der als Bankier natürlich der Geldwertstabilität den Vorrang vor der Inflation — und damit aber auch vor der Dauerkonjunktur und somit vor der Vollbeschäftigung — gibt. Denn absolute Geldwertstabilität und Dauerkonjunktur schließen sich ja gegenseitig aus.

Ob Schiller auf die Dauer Erfolg haben wird? Ob er den Balanceakt auf dem Hochseil der Konjunkturpolitik auf Jahre hinaus durchhalten kann, oder ob auch er eines Tages abstürzen wird? Den Balanceakt zwischen überbordender Konjunktur und Wirtschaftskrise? Genauer: zwischen ganz leichter, noch vertretbarer, die Konjunktur bewirkender Inflation und zuviel Geldwertstabilität, die als solche bereits die Geldumlauf-Verlangsamung bewirkt und damit die Krise (mit allen weiteren Folgen) auslöst? Ob Schiller das mit dem überkommenen Geldwesen und dem bisherigen vielgepriesenen „Instrumentarium“ schaffen wird? Bei festen Wechselkursen, Gold-Devisen-Standard, dem Dollar als Leitwährung, autonomen nationalen Wirtschaftspolitiken, freier Konvertierbarkeit der Währungen usw.? Oder ob nicht auch Schiller eines Tages, allerdings dann voraussichtlich als „Inflationist“, in die Wüste geschickt werden wird? *)

Freilich, eines dürfte feststehen: wenn es schon nicht möglich sein sollte, die Dauervollbeschäftigung ohne Inflation durch die (verpönte) Methode der Geldzeichenbesteuerung im Sinne des „eigentlichen“ Keynes zu erreichen, dann dürfte es immer noch besser sein, die Dauervollbeschäftigung wenigstens überhaupt — und sei es durch schleichende Inflation — herbeizuführen, als es auf eine Deflationskrise ankommen zu lassen und so Europa dem Kommunismus in die Arme zu treiben. Denn „es ist sicher, daß die Welt die Arbeitslosigkeit . . . nicht mehr lange dulden wird. Durch eine richtige Analyse des Problems sollte es aber sehr wohl möglich sein, die Krankheit zu heilen unter gleichzeitiger Erhaltung sowohl der Leistungsfähigkeit wie der Freiheit“ (Keynes a. a. O.)

*) Wie die allerjüngste Entwicklung zeigt, hat aber Schiller inzwischen diese Gefahr erkannt und sich daher der Forderung Blessings nach einer Aufwertung der D-Mark angeschlossen.

Damit möchte ich den Unterabschnitt „Ungelöste Wirtschaftsordnungsprobleme“ abschließen und zusammenfassen: praktisch alle die vielen schwerwiegenden Mängel unserer derzeitigen arbeitsteiligen, freiheitlichen, marktwirtschaftlichen Wettbewerbs-Wirtschaftsordnung — Ausbeutung, Entfremdung, Kapitalakkumulation, Verschleißproduktion, Seelenmanipulation und Imperialismus — sind nicht eine Folge des Eigentums an den Produktionsmitteln (und deshalb ist die Vergesellschaftung der Produktionsmittel kein Heilmittel, sondernbarer Unsinn und ein Verstoß gegen den Artikel 2 des Grundgesetzes obendrein), sondern eine Folge der durch unser mangelhaftes Geldwesen immer wieder ausgelösten Deflationskrisen in unserer Wirtschaft. Es sind die Krisen, die dem Arbeitnehmer die Gleichgewichtigkeit, die faktische Vertragsfreiheit dem Arbeitgeber gegenüber nehmen (und nicht das Eigentum an den Produktionsmitteln als solches). Und deshalb müssen die Ursachen der Krisen bekämpft werden. Diese Ursachen der Krisen aber finden sich in dem spezifischen Dauer-Charakter unseres Geldes. Deshalb muß unserem Bargelde diese Dauerhaftigkeit genommen werden, damit es freiwillig dem Wirtschaftskreislauf dient und diesen nicht mehr unterbrechen kann. Damit jene Dauer-Konjunktur und Dauer-Vollbeschäftigung eintritt, die die Voraussetzung höchstmöglicher Produktion und größtmöglicher Freiheit ist.

C .Die Kulturkrise in der Bundesrepublik Deutschland

Der entscheidende Fehler unserer Kulturverfassung ist der Artikel 7 unseres Grundgesetzes und das darauf sich gründende praktische Schulmonopol unseres Staates bzw. unserer Länder und ihrer Schulbürokratien, das zur Folge hat, daß für den beamteten Lehrer nicht stets und unbedingt das Kind im Mittelpunkt seiner Überlegungen und Bemühungen steht, sondern sein Verhältnis zur Schulbehörde, genauer: seine Berechtigungen, seine Vorzugsrechte, seine Privilegienposition.

Was ist denn der eigentliche Zweck des Bildungswesens? Daß das Kind zum *Menschen* werde! „mens“ heißt im Lateinischen „Geist“. Der Mensch ist nur insofern *Mensch*, als er „Geistträger“ ist; als er Geist aufnimmt; als er Wahrheit, das immer „Währende“, erkennt und die erkannte Wahrheit in die Welt hineinträgt, dort zur Inkarnation bringt.

Es ist die Welt-Geist-Kommunikation, die sich im Menschen — wenn er richtig als „mens“ in der Welt steht — vollzieht. Der Mensch ist Bürger beider Welten, er ist zugleich in dieser raum-zeitlichen Welt und in jener überräumlich-überzeitlichen Geistwelt, die freilich nur im Raum-Zeitlichen in die Erscheinung tritt. Nur der Mensch allein unter allen Wesen steht *bewußt* sowohl in dieser wie in jener Welt. Die Tiere handeln nach den in sie hineingelegten Gesetzmäßigkeiten, der Mensch aber setzt sich und sein Tun selbst.

„In jedem lebt ein Bild des' der er werden soll,
Solang' er das nicht ist, ist nicht sein Friede voll.“ (Friedrich Rückert)

Den Menschen dahin zu bringen, daß er dieses, sein „Bild“ erkennt, daß er sich selbst erkennt, daß er sich seines „wahren Ich“ bewußt wird — das ist die wahre Aufgabe des Bildungswesens, des Erziehers.

Was alles die Schule sonst noch an den jungen Menschen heranträgt, das sind bestenfalls Hilfsmittel zu seiner Ausbildung als Staats- und als Wirtschaftsbürger — mit eigentlicher Bildung hat das aber wenig zu tun. Sie bringen uns als Menschen aber keinen Schritt weiter. Im Gegenteil, sie korrumpieren mehr, als daß sie vorwärts bringen. Sehen Sie sich die Welt um uns herum an, was sehen wir? „Nackte Affen“, Oswald Kolles, Jasmins, LSD-ler, Fratzen des Menschen — aber *keine Menschen*, durch die hindurch Wahrheit aus dem Bereiche des Seins in das Bewußtsein dringt.

Und wer ist Schuld daran? Vor allem das staatliche Schulmonopol! Denn es verhindert, daß Wettbewerb im Bildungswesen entsteht, der wenigstens eine Auflockerung der Verziehung zu jenem Materialismus bringen könnte. Wer Gott und Geist aus der Schule verbannt, wer nur noch das Wäg-, Zähl- und Meßbare an die Kinder heranträgt, der ist Schuld an der Verwilderung der Jugend, die wir heute erleben müssen. Nicht die Jugend ist schuld, sondern die, die sie erziehen!

Nein, auch die sind nicht schuld, denn ihre Erziehungsordnung und ihre Lehrpläne sind ihnen vorgeschrieben. Schuld ist die Erziehungs- und Bildungsordnung als solche — also das Staatsschulwesen, das — weil praktisch konkurrenzlos — allein den heutigen Zustand verursacht hat.

Und so ist also auch die Überwindung der heutigen Bildungsmisère ganz wesentlich eine reine Ordnungsfrage! Schaffen wir freie, staatsfreie Schulen, schaffen wir Wettbewerb unter den verschiedenen Arten von Schulen — nicht unter den Schülern wie heute! — schaffen wir das demütigende und korrumpierende Prüfungs- und Berechtigungswesen ab — und wir werden wieder mehr und besseren Zugang zur geistigen Welt, das heißt aber: zur eigentlichen Welt des Menschen (!) finden und damit unsere Jugend zu wahrheitsbewußten und rechtsbewußteren, zu verantwortlicheren, zu selbstständigeren und freieren Menschen erziehen. Machen wir aber so weiter wie bisher — dann wird das Jahr „1984“ George Orwell's oder die „brave new world“ Aldous Huxley's, ja das Inferno Dantes nicht mehr fern sein! Wir haben wirklich nicht mehr viel Zeit zu verlieren.

D. Zusammenfassung

Fassen wir den Abschnitt III, „Die Bundesrepublik Deutschland in der Krise“, noch einmal zusammen:

Die tiefste politische Ursache der Krise der Bundesrepublik ist darin zu suchen, daß unsere *Verfassungswirklichkeit* nicht dem Auftrage unseres Grundgesetzes entspricht: daß das Grundprinzip des Selbstbestimmungsrechts der Einzelperson nicht durchgängig gewahrt bzw. verwirklicht wird. Als Rechtsstaat ist die Bundesrepublik zwar auf dieses Prinzip gegründet, und in der rechtsstaatlichen Sphäre wird auch größtenteils danach verfahren, aber die dazu erforderliche Gewaltenteilung und Föderalisierung ist nicht konsequent durchgeführt, wobei insbesondere die Bereiche Wirtschaft und Kultur noch keineswegs strikt vom Staat getrennt sind. Die Folge ist ein allzuständiger Einheitsstaat — mit einer den Rechtsstaat überfordernden Überbelastung durch Aufgaben, die überhaupt nicht in seine Zuständigkeit gehören dürften.

Hinsichtlich ihrer Wirtschaftsordnung hat die Bundesrepublik zwar die dem Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen gemäße Ordnung der Marktwirtschaft eingeführt, sie hat indessen die wesentlichste Voraussetzung für deren krisenfreies Funktionieren und damit die Voraussetzung für Dauerkonjunktur und Dauervollbeschäftigung, nämlich ein tauschneutrales, unmonopolistisches, autoritäre Strukturen verhinderndes — weil den Wirtschaftskreislauf förderndes und sicherndes — Geldwesen noch nicht geschaffen.

In ihrem kulturellen Bereich schließlich hat die Bundesrepublik es trotz allen Pläneschmiedens und Experimentierens auf dem Reißbrett bislang überhaupt noch nicht auch nur zu allerersten Anfängen einer Befreiung des Bildungswesens von den staatlichen autoritären Strukturen gebracht. Hier bleibt wirklich noch alles zu tun.

Wir sagten: die tiefste politische Ursache der Krise der Bundesrepublik ist darin zu suchen, daß das Selbstbestimmungsrecht der Einzelperson nicht in allen Lebensbereichen konsequent verwirklicht ist. Warum, so müssen wir fragen, gibt es denn nicht genügend Menschen, die dafür sorgen, daß unsere Gesamtordnung und unsere Teilordnungen Staat, Wirtschaft und Kultur so gestaltet werden, daß in diesem und durch diese Ordnungen der Mensch zur vollen Freiheit gelangen kann? Warum fehlt es bei uns an dieser Tugend der „Allgemeinen Gerechtigkeit“ — der „*justitia generalis*“ (Thomas von Aquin) — die immer und ausschließlich das „Allgemeine Beste“, das „*bonum commune*“, im Auge hat, in so großem Maße? Gibt es also tatsächlich nicht genügend Menschen, die guten Willens sind?

Oder gibt es diese Menschen guten Willens und sauberer Gesinnung doch in großer Zahl bei uns — woran aber fehlt es dann, daß die gerechte Ordnung nicht zustande kommt?

Schelling äußerte sich in seinem bekannten Nachruf auf Goethe vor etwa 137 Jahren folgendermaßen:

„Den Deutschen im allgemeinen kann, je nachdem man gesinnt ist, zum Lob oder Tadel nachgesagt werden, daß sie immer weit eher von Seiten des Verstandes und der Beurteilungskraft als von Seiten des Willens und der Gesinnung fehlen. Und so dürfte man behaupten, daß in Bezug wenigstens auf Deutschland, das wahre Unheil der Zeit weit weniger in einer tiefen sittlichen Verkehrtheit, wie man gerne voraussetzt, als in einer weit verbreiteten, leider von vielen Seiten begünstigten Phantasterei zu suchen sei, die alles ansteckt, alles verfälscht, und, indem sie nichts Zuverlässiges, Festes, übrig läßt, notwendig ein Gefühl allgemeiner Unsicherheit verbreitet.“

Mit anderen Worten: bei uns fehlt es vornehmlich an jener Tugend, die seit Sokrates' Zeiten als die erste der Kardinaltugenden gilt: an der Tugend der Klugheit. Am einfachen klaren Denken also und — daraus resultierend — am klaren, sicheren Urteil und der Urteilskraft. Hier liegt die Quelle allen Übels! Wir denken nicht gründlich genug. Wir sind alle mehr oder weniger einseitig, fallen von einem Extrem ins andere, sehen jeweils nur den einen Pol statt das Ganze. Unser Denken wird von Gefühlen beeinflusst, von Ideologien, von Interessen, von Glaubensvorstellungen. Uns fehlt die Fähigkeit der Zusammenschau der Gegensätze, die „anschauende Urteilskraft“.

So hängt letztlich die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der menschlichen Person durch die dem Menschen gemäße Ordnung des Gemeinschaftslebens von einer das Wesen des Menschen wie das Wesen der Wahrheit erfassenden Erkenntnistheorie ab. Ohne Wahrheitserkenntnis kann es keine Ordnung geben. Denn Ordnung ist ja nichts anderes als Manifestation der Wahrheit in den Bereichen des menschlichen Zusammenlebens.

Wir müssen uns daher in einem weiteren Abschnitt auch noch etwas eingehender mit dem Problem des Menschen und dem der Erkenntnis befassen.

Fritz Penserot

Die Freiheitsfrage in den Wirtschaftsformen

Vortrag, gehalten auf der Tagung des Studienkreises für freiheitliche Ordnung am 22./23. März 1969 auf dem Herzberg bei (CH) Aarau.

Unser heutiges Thema gibt uns Anlaß, uns einleitend darüber Rechenschaft zu geben, was seit 1932, dem Gründungsjahr des INWO, (Jugendbund für natürliche Wirtschaftsordnung), für ein Wandel in der Wirtschaft und in den Anschauungen darüber eingetreten ist.

Die damalige wirtschaftliche Stagnation – zur Hauptsache verursacht durch eine ausgeprägte Deflationspolitik nach dem Börsenkrach von 1929 – strebte ihrem Höhepunkt zu. Riesige Arbeitslosenheere in den meisten Staaten – darunter auch bei uns – und die bange Frage: wohin wird all dies führen?

Scharfe wirtschaftspolitische Auseinandersetzungen, Radikalisierung der politischen Szene mit freiheitsfeindlichen Tendenzen von links und von rechts. In Deutschland machte Brüning Notverordnungen und die verordnete Not kam mit Macht. Der Nazismus als Reaktion auf Krieg, Inflation und Krise gewann mächtig an Boden. Eine persönliche Erinnerung an eine Fahrt durch Deutschland im Jahre 1934: ich fragte einen SA-Mann, warum er da mitmache und er antwortete mir, die Nazis seien die Einzigen gewesen, die ihm eine Hose und einen Rock angeboten hätten.

In Italien herrschte der Faschismus, der autoritäre korporationenstaatliche wirtschaftliche Formen entwickelte.

In Spanien tobte der Bürgerkrieg und in den Vereinigten Staaten versuchte

Roosevelt, die Krise durch den New Deal zu überwinden. Die Spannungen ballten sich, die Unfähigkeit der europäischen Staatsmänner zu einem entscheidenden Handeln gegen das Machtstreben Hitlers führte schließlich zum zweiten Weltkrieg, der ein Europa in Schutt und Asche hinterließ.

In der Schweiz wird nach dem Krieg eine neue Krise erwartet.

Deutschland ist in vier Sektoren aufgeteilt und liegt völlig darnieder. Die USA stellen Gelder zum Wiederaufbau zur Verfügung (Marshall-Plan). In Deutschland wird 1948 die Währungsreform durchgeführt. Die Wirtschaftspolitik löst sich von alten Dogmen und folgt neuen Gedanken, die in mancher Beziehung denen nahekommen, die wir im INWO vertraten: Sicherung der Kaufkraft, Vollbeschäftigung (hier jedoch durch dosierte Inflation), und es gelingt ein erstaunlicher wirtschaftlicher Aufschwung.

Die kommunistischen Staaten des Ostens versuchen auf ihre Weise eine ähnliche wirtschaftliche Entwicklung zu erreichen.

Der zweite Weltkrieg bringt als Folge auch die Emanzipation der „dritten Welt“, die nun Anspruch auf ihren Anteil an den Gütern dieser Welt erhebt und geltend macht, was sie damit fordern, sei nur eine bescheidene Wiedergutmachung des ihr angetanen Unrechts.

Verglichen mit der Situation vor fünf- und dreißig Jahren geht es uns heute wirtschaftlich ausgezeichnet. Und trotzdem leben wir auch heute in einer Welt voller Spannungen, Ängste, Süchte und des Unbefriedigtseins. Die Frage drängt sich auf: was hat diese ganze Entwicklung dem Menschen eigentlich an Positivem gebracht?

Wir anerkennen, daß die heutige Wirtschaft einen großen Fortschritt verwirklicht hat: sie hat gezeigt, daß eine Wirtschaft mit Dauerkonjunktur und Vollbeschäftigung möglich ist. Wir sehen aber auch, daß damit auf dem Weg zur wirtschaftlichen Gerechtigkeit erst ein Schritt getan ist. Die Möglichkeit der Bereicherung ohne entsprechende Leistung und die Bodenfrage sind nach wie vor Ansteckungsherde für neue Erkrankungen. Diese Fragen werden sicher in den nächsten Vorträgen noch erörtert werden.

Eines aber erkennen wir deutlich, daß unsere einstige Auffassung: „gebt dem Menschen die Möglichkeit, menschenwürdig zu leben, und er wird ein würdiger Mensch“, nur eine Teilwahrheit ist. Diese Voraussetzung ist wohl nötig, aber sie allein genügt nicht.

Auf die Frage nach den Kriterien einer wirklich freien Wirtschaft nennt Dr. Heinz Hartmut Vogel, der Bruder unseres heutigen Gastes, in seiner Schrift „Jenseits von Macht und Anarchie“ die folgenden:

Größtmögliche Ergiebigkeit,
soziale Gerechtigkeit,
Erhaltung der persönlichen Freiheit.
Als Kriterien der sozialen Gerechtigkeit nennt er:
den vollen Arbeitsertrag,
die Ablösung des Entlohnungsverhältnisses,
den Anteil am steigenden Sozialprodukt,
die Vollbeschäftigung bei verkürzter Arbeitszeit,
die Dauerkonjunktur und
die Kaufkraftbeständigkeit der Währung.

Als Kriterien der persönlichen Freiheit führt er an:

die Freizügigkeit in der Wahl der wirtschaftlichen Betätigung, des Arbeitsplatzes und des Berufes,
die freie Konsumwahl,
die Sicherung des privaten Eigentums und
die Vertragsfreiheit.

Ich möchte hier vor allem auf einige der Kriterien für die soziale Gerechtigkeit eingehen. Die Fragen der Dauerkonjunktur und der Kaufkraftbeständigkeit werden uns ja im Verlaufe dieses Wochenendes noch weiterhin beschäftigen.

Zur Wandlung des Verhältnisses zwischen Unternehmung und Arbeitnehmer in der Großindustrie erschien vor kurzem ein Buch eines amerikanischen Volkswirtschaftlers, Galbraith, unter dem Titel: „The New Industrial State“, (übersetzt unter dem Titel: „Die moderne Industriegesellschaft“). Der Autor analysiert in scharfsinniger Weise die Umgestaltung auf diesem Gebiet in den vergangenen Jahrzehnten und zwar von einem sehr unabhängigen Standpunkt aus. Schon seine einleitende Feststellung, daß wir in Gedanken und Taten immer mehr zu Dienern der Maschinerie werden, die wir geschaffen haben, damit sie uns diene, und vor allem seine Maxime: „was zählt ist nicht die Quantität unserer Waren, sondern die Qualität unseres Lebens“ sind in seiner volkswirtschaftlichen Abhandlung höchst erfreulich.

Galbraith legt dar, daß sich der Charakter der Großunternehmen dadurch entscheidend verändert habe, daß in deren Eigentumsverhältnissen ein grundsätzlicher Wandel eingetreten sei: Wenn sich diese Unternehmungen noch vor einigen Jahrzehnten im Besitz oder wenigstens in der Mehrheitsbeteiligung eines Unternehmers befanden, der gleichzeitig in der Firma an leitender Stelle stand und die maßgebenden Entscheidungen selbst traf, so hat sich dies — ich betone „bei den Großunternehmungen“ — grundlegend geändert. Durch die notwendigen riesigen Kapitalinvestitionen (das Aktienkapital der schweizerischen Großfirmen liegt heute

zwischen 100 und 200 Millionen Fr, in Deutschland ein Mehrfaches davon) ergibt sich zwangsläufig eine Aufspaltung des Besitzes an diesen Gesellschaften, und in vielen Fällen stehen Eigentümer von großen Aktienpaketen nicht mehr an leitender Stelle in der betreffenden Gesellschaft.

Der Verwaltungsratspräsident der Schweizer Bankgesellschaft, Dr. Schäfer, brachte dies an der kürzlichen Generalversammlung dieser Bank wie folgt zum Ausdruck:

„Das Ziel der Gewinnmaximierung ist in den Hintergrund getreten; heute sind die langfristigen Interessen, ein gutes Arbeitsklima und wirtschaftliches Wachstum wichtiger als der unmittelbare Gewinn.“

Damit hat sich auch das Schwergewicht der Willensbildung in der Gesellschaft vom Aktionär auf das Management verlagert und greift von dort noch weiter in das Kader der Gesellschaft hinein.

Dazu kommt, daß unsere heutige Technologie so komplex geworden ist, daß sie für einen Einzelnen allein gar nicht mehr überschaubar ist, d. h. daß Entschiede, die fundiert sein sollen, nur noch von einer Gruppe von Spezialisten aller Richtungen getroffen werden können.

Ein weiteres Moment von maßgebender Bedeutung ist heute der lange zeitliche Weg vom Entschluß in der Unternehmung zur Herstellung eines neuen Produktes bis zur Fertigstellung des betreffenden Objektes — ein Zeitraum, der sich mindestens über mehrere Jahre erstreckt. Dies bedingt wiederum eine langfristige Planung seitens dieser Unternehmung, von der Kapitalbeschaffung über den Einkauf und die Personalpolitik bis zur Vorbereitung des Absatzmarktes.

Nehmen Sie als Beispiel dafür etwa den Entschluß, ein neues superleistungsfähiges Flugzeug — denken Sie an die Concorde — oder auch nur ein neues Automodell auf den Markt zu bringen. Hier muß ein Entscheid getroffen wer-

den, der auf einer hypothetischen Marktsituation, wie sie in fünf bis zehn Jahren sein könnte, aufbaut. Es müssen riesige Kapitalinvestitionen für Forschung und Entwicklung gewagt werden, deren Ertrag sich erst beim Verkauf des neuen Erzeugnisses realisieren läßt.

Diese Darstellung zeigt, daß sich auch die Bedürfnisse und Strukturen der Wirtschaft gewandelt haben und zwar in der Richtung auf eine größere soziale Gerechtigkeit im Sinne von Heinz Hartmut Vogel.

Die Wirtschaft ist für eine wirkungsvolle langfristige Planung auf wirtschaftliche Stabilität und die Erhaltung oder noch besser die Steigerung der Kaufkraft der künftigen Konsumenten angewiesen. Dies ist nur möglich bei dauernder Vollbeschäftigung, und diese bringt wieder eine Verbesserung des Anteils am Arbeitertrag zugunsten der Arbeitenden. Zudem ist eine Unternehmensführung, die am Arbeitsfrieden und an der Erhaltung eines eingearbeiteten Personals interessiert ist, eher bereit, auch den Begehren der Arbeitnehmer Rechnung zu tragen.

Für die Beurteilung einer derartigen Konsumwirtschaft muß noch ein weiterer Gesichtspunkt in die Überlegungen miteinbezogen werden. Wir gingen bei unseren Wirtschaftsbetrachtungen immer davon aus, daß sich Angebot und Nachfrage auf dem Markt treffen, wobei der Konsument die Nachfrage und der Produzent das Angebot bestimmt. Dieser Satz stimmt scheinbar immer noch, innerlich ist er aber ausgehöhlt.

Wenn Unternehmungen über Jahre hinweg hunderte von Millionen Franken einsetzen, um schließlich ein neues Erzeugnis anbieten zu können, werden diese Unternehmungen alles tun, um dann auch auf einen aufnahmefähigen Markt zu stoßen. Dazu gehört als Grundvoraussetzung eine Dauerkonjunktur, aber daneben braucht es die individuelle Marktsicherung für dieses bestimmte Produkt. Da der Konsument nicht zum Kauf gezwungen werden

kann, muß er dazu verführt werden. Langfristige, kostspielige Werbefeldzüge werden aufgebaut, um dem betreffenden Produkt den Markt zu sichern.

Kein Werbeberater wirbt heute für ein Auto mit dem Argument, es sei vorzüglich geeignet, um damit von einem Ort zum anderen zu fahren, sondern er verkauft Geschwindigkeit, Komfort, Ansehen, Standing, Lebensfreude, gehobenes Selbstbewußtsein.

Bei den erwähnten Kapitaleinsätzen muß aber noch in anderer Weise dafür gesorgt werden, daß keine unliebsamen Störungen, z. B. von Seiten der Konkurrenz auftreten. Man bestrebt sich daher, auf dem Wege von Verflechtungen und Absprachen seinen Marktanteil zu sichern: Diese Tendenz zur Marktlenkung bis Marktbeherrschung zeigt sich heute ganz deutlich. Laufend werden Großfirmen zu noch größeren Konzernen zusammengeschlossen. Kartelle werden gegründet zur Sicherung des Absatzmarktes und des Absatzgebietes. Denken Sie nur an die Entwicklung in der Maschinenindustrie oder an die Gebietsaufteilung in der Zementindustrie; diese Beispiele könnten beliebig vermehrt werden.

Ich kann, um diese Einleitung nicht zu lange werden zu lassen, nicht auf die entsprechenden Entwicklungen in planwirtschaftlich gelenkten Staaten eingehen, aber die vorgetragenen Gesichtspunkte wirken sehr auffellend bei Vergleichen und sie zeigen auch mit aller Deutlichkeit die enormen Schwierigkeiten beim Aufbau einer derart kapital- und arbeitsintensiven Wirtschaft und dem damit verbundenen „know how“ in den Entwicklungsländern mit ihren noch unsicheren Märkten.

Zusammenfassend können wir sagen, daß heute die Kräfte, die auf eine Stabilität in der Wirtschaft drängen, sehr viel größer sind als vor dem zweiten Weltkrieg und daß den Interessen des anlagesuchenden Kapitals vitale Interessen anderer führender Wirtschaftskreise gegenüberstehen, die bei jedem

Krisensymptom mit aller Schärfe reagieren.

Andererseits aber müssen wir erkennen, daß die Aufrechterhaltung der Kaufkraft allein nicht mehr genügt, um eine sinnvoll produzierende Wirtschaft zu gewährleisten, sondern daß auch auf das Angebot; bzw. auf die Art der Nachfrage Einfluß genommen werden muß. Wollen wir aber eine interventionistische, gelenkte Wirtschaftspolitik vermeiden, so darf dies allein von einer anderen Ebene – von der Ebene des Geistes aus – erfolgen.

Wir waren seinerzeit der Überzeugung, wenn der Mensch einmal menschenwürdig leben könne, d. h. wenn er nicht mehr sein ganzes Sinnen und Trachten auf die Befriedigung der täglichen Bedürfnisse richten müsse, so werde er sein Interesse anderen Gebieten zuwenden und es werde eine Kulturbüte einsetzen wie nie zuvor. Und wie sieht es heute damit aus?

Der Fortschritt in sozialer Beziehung ist höchst eindrucksvoll. Die wöchentliche Arbeitszeit hat sich in den vergangenen fünfunddreißig Jahren um beinahe zehn Stunden verkürzt, und gleichzeitig hat sich das Einkommen der arbeitenden Bevölkerung vervielfacht. Wir haben ein freies Wochenende von zwei vollen Tagen und drei bis vier Wochen Ferien. Wo aber bleibt das Aufblühen unserer Kultur?

Wir stürzen uns auf die Kultursurrogate, die uns Wirtschaft und Technik in so reichem Maße anbieten. Unser ganzes Volk verfällt in den Rausch des Konsums. Jeder muß sein Auto, seinen Fernsehapparat haben und ausgiebig benutzen. Als Ergebnis fühlen wir uns auch in unserer Freizeit gehetzt und überbeansprucht. Was bleibt, sind Leere und Unzufriedenheit, die man mit noch mehr und noch komfortableren Maschinen und Apparaten zu übertönen versucht. Dabei nehmen Lebensangst und die Flucht in die Süchte zu.

Die Jugend revoltiert mit Recht gegen diese Verzweckung und Verwirtschaftlichung des Lebens, ohne jedoch die

tieferen Gründe zu sehen. Sie wendet sich daher einfach gegen die etablierte Gesellschaft als solche.

Die Antwort auf unsere einleitende Frage, was die Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte dem Menschen für einen Gewinn im umfassenden Sinne gebracht habe, fällt also ziemlich betrüblich aus. Die Frage drängt sich auf, woran das liegt.

Als vorläufige Antwort möchte ich hinstellen, daß heute die Wirtschaft zu sehr das ganze Leben überwuchert. Sie ist aus ihrem Bereich ausgebrochen und versucht, den Menschen völlig in ihren Bann zu ziehen. Sie durchdringt heute den Staat, der weitgehend an ihr beteiligt und mit ihr verknüpft ist. Sie durchdringt die Wissenschaften, vor allem die Naturwissenschaften und bestimmt deren Forschungsrichtung. Sie

bemächtigt sich unserer Kultur durch die Massenmedien, statt die Massen mit Kultur zu durchdringen.

Wenn der Sinn des Lebens, die Menschen zu freien, selbstverantwortlichen Persönlichkeiten heranreifen zu lassen, verwirklicht werden soll, muß wieder eine klare Trennung der Bereiche von Staat, Kultur und Wirtschaft erfolgen. Kultur und Wissenschaft müssen ein eigenes starkes Reich bilden, von dem aus der Wirtschaft und der Technik ihre Aufgabe und der Sinn ihres Strebens gewiesen werden. Eine bessere Welt kann nur aus einem abgewogenen, aber freien Zusammenwirken all dieser Kräfte entstehen. Diese Aufgabe unserer Zeit gilt es zu erkennen und sie zu lösen ist jeden Einsatz wert.

Dr. jur. Albert Laubi, Zürich

Bericht über die Tagung des Seminars „Die freie Meinung“ in Linz/Donau vom 1. bis 3. Mai 1969

Der Vorsitzende forderte in der kurzen Eröffnungsansprache auf, die Vortragenden möchten sich nicht wie Apostel einer allein gültigen Heilslehre gebärden, sondern auch die Meinung des anderen wahrnehmen, dann würde es vielleicht möglich sein, die tieferen Wurzeln des allgemeinen Unbehagens empirisch zu erforschen.

DDDr. Dr. Karl Rössl-Majdan, Wien, spürte den geistigen Wurzeln dieses Unbehagens nach, wobei er auf die Bereitschaft zur inneren Entscheidung hinwies. Diese Entscheidung erfordert Entschlußfreudigkeit des Menschen — aber auch einen Menschen, der nicht allein „nachdenkt“, also an das denkt, was hinter uns liegt, sondern auch an das, was vor uns ist oder sein wird. Er schilderte aus eigenem Erleben, wie man im KZ vor jeder schweren Aufgabe, die gestellt wurde, einen kurzen Augenblick innehielt, die Aufgabe den Bruchteil einer Sekunde überdachte, tief Atem holte und sich dann erst in die Arbeit stürzte. Nur so konnte man überleben. Er schilderte, wie man nicht allein Kopfmensch, aber auch nicht Leibmensch ohne Kopf sein kann. Das kurze „Nach“- und „Vor“-denken, wie auch das tiefe Atemholen sollte diese Zusammenhänge symbolisieren. Der ganze Mensch wird gefordert — heute mehr denn je!

Abends sprach dann Herbert K. R. Müller aus Braunschweig über die ungelöste Bodenfrage. Das Wesentliche ist in den Schriften des Redners zusammengefaßt. Z. B. „Bodenord-

nung und Raumplanung“.*) Es erübrigt sich daher, auf das Thema näher einzugehen. Festzustellen war, daß der Vortrag auch bei den in der Raumplanung tätigen Behördenvertretern große Beachtung fand. Nebenbei sei erwähnt, daß H. K. R. Müllers volkswirtschaftliche Schriften auch in Schulen als Grundlage für den volkswirtschaftlichen Unterricht benutzt wird.

Am nächsten Tag (2. Mai) sprach Privat-Dozent Dr. Joachim Schacht, Universität Salzburg, über die aus dem Gebrauch unkontrollierter Begriffe entstehenden psychologischen Auswirkungen. Das von Dr. Schacht behandelte Thema auch nur kurz wiederzugeben, ist nicht möglich. Obwohl Dr. Schacht sehr konzentriert spricht, ist er leicht verständlich, weil er seine Fachbegriffe ethymologisch erläutert. Sein Vortrag fand allgemeinen Anklang. All jenen, die ihn nicht kennen, sei die Lektüre seines Buches „Die Totenmaske Gottes“ (Otto Müller Verlag, Salzburg) empfohlen.

Anschließend behandelte Professor Dr. Hajo Riese: das Thema: „Wirtschaftspolitik in einer Welt des Wandels“. Hier gab es erstmals harte Diskussionen — vielleicht zu Unrecht! Die Hauptziele der Wirtschaftspolitik müssen sein:

1. Vollbeschäftigung, 2. Wirtschaftswachstum, 3. Soziale Gerechtigkeit (worum er eine gerechte Einkommensverteilung versteht). Die Wachstumspolitik hat Vorrang vor der Vertei-

*) „Bodenordnung und Raumplanung“ „Fragen der Freiheit“, Folge 72, S. 39

lungspolitik. Und um diese Aufgaben zu bewältigen, reicht nach Prof. Rieses Meinung der Liberalismus alter Prägung nicht aus. Er reißt sogar Walter Eucken in den Bereich des Paläoliberalismus ein.

Nun sind wir wohl mit ihm einig, daß es im Übergang oft ohne die Mithilfe des Staates nicht ganz geht, nicht etwa weil die liberale Ordnung funktionsunfähig wäre, sondern weil dem derzeitigen Ordnungssystem Mängel anhaften, die eben diese „Anpassungs“-Interventionen notwendig machen. Dadurch werden aber immer mehr dem Liberalismus innewohnende Ordnungskräfte außer Funktion gesetzt. Wir sind im Sumpf dieser Interventionspolitik schon soweit versunken, daß wir ohne staatliche Hilfe nicht mehr herauskönnen. Aber diese Hilfe – und hier sind wir mit Prof. Riese nicht mehr einig – soll und darf nicht mehr sein, als die Pannenhilfe, um den Wagen selbst wieder flott zu machen.

Man sollte Prof. Rieses Bemühungen nicht grundsätzlich ablehnen, sondern gemeinsam jene Ordnungseinrichtungen und Ordnungsfunktionen zu finden trachten, die das gemeinsame Ziel (denn dieses schwebt auch Dr. Riese vor), die freiheitliche Wirtschaftsordnung, gewährleisten. Bezeichnend ist, daß ein junger Student aus Frankfurt den Vortrag Dr. Hajo Rieses gut fand und den Wunsch äußerte, man möge auch an der Universität Frankfurt solche Hochschullehrer haben.

Ungefähr gleich erging es dem Lehrbeauftragten der Linzer Hochschule, Dr. Karl Wohlmuth, der über die Bildungsplanung in der demokratischen Gesellschaft sprach. Hochschullehrer sind nun einmal gewohnt, unmittelbar das vor ihnen liegende im Auge zu haben. Man sollte von ihnen keine Gedanken erwarten, die das behandeln, was erst nach Überwindung einiger Zwischenstufen aus dem Bereich der Utopie in die Realität geführt werden kann, denn: Utopien von heute sind die Realitäten von morgen.

Schade war, daß Dr. Wohlmuth schon vor Friedrich Salzmann, Kommentator bei Radio Beromünster, wieder wegfahren mußte bzw. daß Salzmann nicht früher kommen konnte. Salzmann stellte nämlich in seinem Abendvortrag das große Ziel, die Errichtung freier, vom Staate und seinen Lehrplänen unabhängiger Schulen großartig dar.

Geht es doch in der Schule um viel mehr, als um das Eintrichtern von Wissen in die Gehirne der Kinder. Der Schule wird es – leider – immer mehr übertragen, das nachzuholen, was die Eltern versäumen, Eltern, die ihre Kinder den ganzen Tag anderen Menschen überlassen, damit sie zur Arbeit gehen und sich Auto, Fernseher und wer weiß was alles noch leisten können. Hier gilt das Wort des Professors der Hochschule für Welthandel in Wien, Dr. Heinrich: „Es besteht die verhängnisvolle Verwechslung zwischen Lebensstandard und Lebenssinn. Die Welt von morgen wird durch den an höheren Werten ausgerichteten Menschen geprägt...“ Wo dies unterlassen wird, da entsteht nämlich das, was Salzmann die „perfektionierte Gesellschaft“ mittels hochentwickelter Herdeninstinkte auf der Grundlage von „Vollidioten mit Computer-Eigenschaften“ nannte. (Das in Anführungszeichen gesetzte ist entlehnt von Professor Kneschaurek, St. Gallen.)

Der Samstagvormittag brachte mit dem Vortrag von Direktor Dipl. Ing. Karl Leitl den Höhepunkt der Tagung. Leitl ist der Mann, der als Industrieller die Gefahr kennt und erkennt, die gerade für die Industriellen aus der ständigen Kapitalkonzentration entsteht. Er sucht aber auch ohne Theorie und dogmatische Lehrmeinung in der Praxis den Ausweg aus dem Dilemma. Sein großes Ziel ist, die Arbeiter an der Kapitalbildung zu beteiligen und so die Gefahr der Kapitalkonzentration (die der Wettbewerb fordert) auszuschalten.

Man kann Dipl.-Ing. Leitl als den österreichischen Ernst Abbé (Begründer

der Zeisswerke in Jena) betrachten.

Schon vor 15 Jahren führte Leitl trotz vieler Widerstände in der Öffentlichkeit das System der Partnerschaft in seinem Betrieb ein. Heute gesteht er offen: „Ich habe damit kein Opfer gebracht, sondern ich habe damit nur gewonnen.“ Nun ist ein Gesellschafter seines Betriebes ausgeschieden und Leitl drängt, diesen Anteil nicht mehr irgend einem nur durch die Gewinnerwartung Interessierten, die reichlich vorhanden gewesen wären), sondern seinen Arbeitern und Angestellten zukommen zu lassen. Günstige Voraussetzungen dazu mußten geschaffen werden. Leitl stellte es seinen Mitarbeitern frei, sich zu entscheiden. 83 Prozent waren dafür. Gewiß ein Wagnis für die Mitarbeiter. Um dahinter zu kommen, warum die Belegschaft dieses Wagnis übernahm, luden wir auch den Zentralbetriebsobmann der Firma, Johann Renk, ein. Auf die Frage, warum man schon seinerzeit (entgegen aller gegenteiligen Propaganda) auf das System der „Partnerschaft“ einging, sagte er schlicht und einfach: „Weil wir Vertrauen zum Chef hatten.“ Vertrauen ist also die erste Voraussetzung. Aber auch der Betriebsrat muß Vertrauen genießen. Das geht daraus hervor, daß Johann Renk die ganzen Jahre, obwohl im Betrieb nie Listenwahlen durchgeführt wurden, immer wieder als Persönlichkeit gewählt wurde.

Als nun die Frage gestellt wurde, ob die Mitarbeiter nicht ein wenig Herzklopfen hatten, als sie den Miteigentumsvertrag unterschrieben, meinte er: „Schon, aber das sollten sie!“

Herr Leitl, der von sich sagt, er sei kein Wissenschaftler, erwähnte jedoch auch die psychologischen Nachteile, die aus dem Investlohnsystem entstehen, klug und eindringlich. Leitl ist ein Wissenschaftler, aber er baut seine Einsichten auf auf die Kenntnis der Menschen, so wie sie sind, nicht so, wie man sie gerne haben möchte.

Es ist erfreulich, eine Persönlichkeit wie Karl Leitl sprechen zu hören. Es

geht eine Strahlung von solchen Menschen aus — und das ist auch das Geheimnis des Vertrauens, das man ihm im Betrieb entgegenbringt.

Einigermaßen schwer hatten es nach einem solchen Vortrag die beiden Studenten Jens Harms aus Linz und Gawan Vogel aus Frankfurt. An ihnen lag es, das Unbehagen der Studenten zu erklären und zu begründen. Jens Harms baute seinen Vortrag auf die Begriffe „natürliche“ und „formale“ Autorität auf. (Dipl.-Ing. Leitl repräsentiert solch eine „natürliche Autorität“.)

Wie sollen nun diese „formalen“ Autoritäten, die noch dazu mit Macht ausgestattet sind und nur von dieser Macht leben, überwunden werden. Da waren beide Studenten sich einig. Sie lehnen die Revolution nicht ab;

„Revolution ist plötzlicher Bruch mit der Vergangenheit.“ „Revolution heißt heute: Geistiger Kampf. Kampf mit der Faust kann und darf für uns nicht mehr in Frage kommen.“ Geistiger Kampf setzt aber ein Kampfziel voraus. Das zu erarbeiten, will das Bemühen des Seminars sein.

Nun, nachdem das Seminar zu Ende ist (es waren über 50 Teilnehmer), kommen die Stellungnahmen — positive und negative. Den negativen, die vor allem kritisieren, daß das „Große Ziel“ zu wenig herausgearbeitet worden sei, möchte ich folgende Worte aus der schweizer „Evolution“ ins Stammbuch schreiben: „Darin besteht demokratische Staatskunst: Dem sozialen Fortschritt rechtzeitig die nächsterreichbare Stufe zu bauen. Also erstens: Nicht auf diese Stufe, das heißt auf das unentbehrliche Zwischenglied zum nächsthöheren Standpunkt verzichten; und zweitens: Den Stufen ein Ziel zu setzen, zu wissen und bewußt zu machen, wohin er schließlich führen soll. Irgendwohin kann man träumen und schwärmen, aber nicht bauen. Politik in der Demokratie heißt demnach: Dem hohen Ziel die Stufen der Realisierbarkeit zu konstruieren...“

Leider bestehen falsche Gegnerschaften. Die einen wehren ab: Laßt uns nicht von hohen Zielen reden, Tagespolitik ist alles — die nächste Stufe. Die anderen: Ihr redet nicht von hohen Zielen, weil ihr keine mehr habt. Eure Stufe ist Selbstzweck geworden. Weil ihr vergessen habt, wohin die ganze Treppe führen soll....

Beides sein — zielbewußt und wegbe-
wußt — macht den demokratischen
Staatsmann aus. Ein Dichter hat es
schöner ausgedrückt:

„Hinauf zu den Sternen schauen, aber
auf den Weg achten“.

Alois Dorfner, Linz/Donau

Buchbesprechung:

(Hinder und Deelmann, Bellnhausen)

Alfred Daniel, die protestantische Revolution

Dieses Buch war für mich eine der interessantesten Lektüren seit vielen Jahren. „Der konzentrierte Ertrag lebenslangen Bemühens um staatsbürgerliche Erkenntnis.“ So bezeichnet Daniel selbst seine Schrift, – eine mit genialistischem Blick erfaßte Weltausschau eines unbefangenen, kritischen Geistes, ein modernes „Buch Daniel“. Daniel, „der Richter Gottes“ (so die deutsche Übersetzung dieses Namens) der Mann, der im Namen Gottes Recht spricht. Daniel nennt sein Werk einen „Zuruf an den ‚Ver Sacrum‘ der Deutschen Jugend“. Verkündigung dessen, was in einer durch den Zeitgeist irritierten Jugend ans Licht drängt. Hier wird es einleuchtend ausgesprochen, doch ohne jedes Pathos. Darum aber umso wirksamer, weil es sich jedem Gegner stellt, in der Sachlichkeit seiner Argumente.

Es ist ein Buch, das all denen eine Hilfe sein kann, die sich auf der Suche nach dem Weg ins Freie befinden. Nirgends ist die Zersplitterung und damit ihre Ohnmacht größer, als unter denen, die um der Freiheit und Würde des Menschen willen gegen die Tyrannei der Macht und für die Herrschaft des Geistes zum Kampf angetreten sind. Bei allzuvielen nämlich erweist sich der Weg in die Befreiung von Vorurteilen verbaut. Geblendet von eigenen Vorurteilen kommen sie von der rechten Straße ab und landen in einer Sackgasse oder im ausweglosen Gestrüpp der Meinungen und Gegenmeinungen.

Sie alle finden hier Hinweise, die ihr volles Vertrauen verdienen. Auch derjenige, der glaubt, von seinem Heilsweg nicht abgehen zu können oder zu dürfen, muß sich mit dieser Gedankenwelt auseinandersetzen, weil er hier ein kritisches Kompendium der Erlösungsbotschaften aus zwei Jahrtausenden vorfindet und schließlich vielleicht doch zur Einsicht gezwungen sein könnte,

daß ein Größerer vor ihm bereits an einem gleichen Versuch gescheitert ist. Denn die unkonventionellen Mittel, die hier allein einen Erfolg verbürgen und die auch Daniel in Vorschlag bringt, sind erst jüngsten Datums.

Daniel nennt seine Schrift den „konzentrierten“ Ertrag eines lebenslangen Bemühens. Diese Konzentration in der Darstellung macht es unmöglich, vom Inhalt der Schrift, nach Art sonstiger Buchbesprechungen, eine ausreichende Vorstellung zu vermitteln, besonders nicht durch Wiedergabe der einen oder anderen Buchstelle. Der Kommentator muß sich deshalb damit begnügen, durch Herausstellen einiger Gedanken der in ihrem äußeren Umfang sogar bescheidenen Schrift (134 Seiten) den Leser zur weiteren Lektüre anzuregen.

Eingeleitet wird die Schrift mit einem Zitat von Heidegger: „Wenn die große Entscheidung über Europa nicht im Wege der Vernichtung fallen soll, kann sie nur fallen durch die Entfaltung neuer geschichtlicher geistiger Kräfte aus der Mitte.“

Worum es im letzten bei dieser Entscheidung geht, ist die Frage nach dem Sieger im Kulturkampf zwischen Macht und Geist, der bis heute noch nicht ausgetragen ist.

Es war das Verhängnis der Kirche von Anbeginn, daß sie vom Geiste Jesu abrückte und sich, zum Teil im Bündnis mit den weltlichen Gewalten, für das hierarchische Herrschaftsprinzip entschied.

Hegel stellt die These auf: „Den germanischen Völkern ist es aufgetragen, das Christliche in Adern und Muskeln des sozialen Körpers überzuführen, kurz, dem Staat ein Gewissen zu geben. Es ist die Kampfansage an die bevorrechtigten Klassen in der sich Luther, Hegel, Marx – und Schiller einig sind.

In den Briefen über die ästhetische Erziehung sagt Schiller, Staat und menschliche Gemeinschaft beruhen nicht auf Gewalt und diejenigen Herrscher, die mit Gewalt wirken, sind Pfuscher.

Wie aber muß der Mensch geartet sein, der fähig ist, diesen Staat zu tragen? Er muß ein freier Mensch sein, ein dienender zugleich.

Die Frage ist nun, kann der heutige, vom Macht- und Genußbegehren gepeitschte Mensch an der Arbeit wieder Freude gewinnen? Die Lösung sieht Daniel darin, „die Wirklichkeit so zu verändern, daß sie geliebt werden kann, den Hunger, die Not, die Gewalt als Triebkräfte der menschlichen Gesellschaft durch Freude abzulösen.“

Und nun kommt Daniel zu einer Feststellung, die unser höchstes Interesse verdient, er erkennt als das Haupthindernis das Geld in seiner heutigen Form. Damit findet er auch hier den Anschluß an die Bibel. Auf keinen Fall dürfe man die Entschuldigung der Theologen gelten lassen: Geld sei nicht an sich böse, es gelte nur, den rechten Gebrauch von ihm zu machen. Nein, sagt Daniel, das Geldhorren — und dieses ist zweifellos das Grundanliegen des auf Sicherung bedachten Menschen von heute — ist böse, ist krankhaft. Wenn es leibliche Krankheiten gibt, deren Wesen man noch nicht kennt, arbeitet die Wissenschaft auf Hochtouren, um ein Serum oder Heilmittel dagegen ausfindig zu machen. Warum ist es bei der sozialen Krankheit des Goldfiebers, des Zinswuchers, der Profitsucht anders? Es kann darauf nur eine einzige Antwort geben: Weil unser ganzer Gesellschaftsbau, die Machtstellung der Regierenden in Staat und Wirtschaft, das Labyrinth von Bank und Börse — weil sie alle sich von dieser Krankheit nähren. Und kein Virchow und kein Behring hat sich bisher dieser Krankheit angenommen! Wohl wissen wir von den Pionieren, den Proudhon, Franz Oppenheimer, Keynes. Aber auch sie haben den Abgrund nur gesehen, nicht zugedeckt. Und Marx? Er hat dem Kapital geradezu ökonomische Revenenz erwiesen.“

Es begegnen sich Wirtschaftsforschung und Seelenforschung im gleichen Ergebnis: Vom Menschen her und von der Sache her gibt es kein größeres Übel, als unser derzeitiges Geldsystem. In der Tat! Von welcher Seite wir auch das Problem betrachten, das Fazit bleibt immer gleich negativ.

Letztes Ziel aller menschlichen Tätigkeit ist das gelungene Werk, moralisch gesehen, der Dienst am Mitmenschen. Als Mittel zur Erfüllung dieser Aufgabe hat sich der Mensch das Geld geschaffen mit dem (an sich unbeabsichtigten) Effekt, daß das zu einer fast völligen Umkehr des Verhältnisses geführt hat. Der Zweck ist zum Mittel herabgewürdigt und das Mittel ist Hauptzweck geworden. Die Arbeit wird zum notwendigen Übel, das Werk nur noch danach eingeschätzt, wieviel an Geld es einbringt. Da aber unser Tag von Arbeit ausgefüllt ist, die uns das Leben erhalten muß, ist es kein Wunder, daß die Freude mehr und mehr aus diesem Leben geschwunden ist, und an ihrer Stelle die Gier nach Geld und Gewinn und die hektische Sucht nach unsere innere Leere und Unzufriedenheit betäubenden Vergnügungen getreten ist.

Es ist demnach keine Übertreibung, wenn man behauptet, der Mensch als Einzelwesen und die menschliche Gesellschaft haben keinen größeren Feind als die satanische Macht des Geldes. Ist ein vernichtenderes Urteil überhaupt denkbar, als es hier gefällt wird? Und trotzdem geht der Tanz um das goldene Kalb weiter, als ob alles in bester Ordnung wäre.

Umso willkommener wird den Verfächtern einer gerechten Ordnung der Bundesgnose sein, der ihnen in Alfred Daniel erstanden ist. Sein Buch — ein Generalangriff gegen die Mächte des Niedergangs und der Zerstörung — ist zugleich ein Generalappell zur Sammlung aller freiheitlich gesinnten Kräfte in einer geschlossenen Front, die allein einen durchschlagenden Erfolg zu verbürgen vermag.

Prof. Dr. Paul Heinrich Diehl

Übersicht über die in „Fragen der Freiheit“ seither behandelten Themen:

- Folge 1: (vergriffen) Die Krisis des Erziehungswesens – Freiheit der Kultur, eine dringende Forderung der Gegenwart – Gedanken zur freien Erwachsenenbildung
- Folge 2: (vergriffen) Schule und Staat – Die Schule als Politikum – „Die Stellung der Bildung in der neuen Sozialstruktur“
- Folge 3: Ungehinderter Zugang für alle zu den Bildungsgütern – Bewußtseinsstufen des Menschen
- Folge 4: An der Schwelle des Atomzeitalters – Erlaubt die demokratische Staatsform die Lösung sozialer Fragen – Über die Systemgerechtigkeit zwischen Kultur, Staat und Wirtschaft in der Demokratie; „Forderungen an unser Bildungssystem“ – An die sich verantwortlich Fühlenden
- Folge 5: Staatliche oder freie Erziehung – Denkmethode und Sozialpolitik
- Folge 6: „Die Würde des Menschen ist unantastbar . . .“ – Über Notwendigkeit und Möglichkeit einer freien Erziehung – Erste Arbeitstagung eines Sozialpolitischen Seminars
- Folge 7: Freiheit – Illusion oder Wirklichkeit – Die funktionalen Zusammenhänge in der sozialen Gesamtordnung – Die neue Weltmacht
- Folge 8: Grundgesetz und Schulrecht – Aperçus zur Entstehungsgeschichte des Art. 7 des Grundgesetzes – Möglichkeiten einer evolutionären Umgestaltung unserer Sozialordnung – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – Bericht über das zweite Sozialpolitische Jugendseminar – „Freiheit, Bindung und Organisation im Deutschen Bildungswesen“ – Brief aus USA
- Folge 9: Tendenzen und Probleme der gegenwärtigen Geschichtsperiode – Die freie Welt in einer Sackgasse? Gedanken zum kalten Krieg – Alexis de Tocqueville, zu seinem 100. Todestag (16. April 1859) – Brief aus USA
- Folge 10: Die Verantwortung der Soziologie: I. Das Problem – II. Freiheitliche Ordnung oder Massengesellschaft? – III. Die Ordnung der Herrschaftslosigkeit – IV. Das Bildungswesen in der freiheitlichen Gesamtordnung – Pierre Joseph Proudhon, Zu seinem 150. Geburtsjahr
- Folge 11: Die funktionsfähige Währung – Die Goldwährung – Der Ursprung des Geldes im Mythos – Berichte über die dritte Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung – Schulrechtsdiskussion – In memoriam Hans Bernoulli
- Folge 12: Friedrich Schiller, zu seinem 200. Geburtstag – Die Problematik des gegenwärtigen Schul- und Erziehungswesens – Bildungsplan oder freie Erziehung? – Die Schulrechtsdiskussion
- Folge 13: Die Grundfragen der abendländischen Philosophie bei Aristoteles – Freiheit der Erziehung, Freiheit der Kultur – Was ist die äußere Freiheit des Menschen und wie verwirklicht man sie? – Demokratie und Wirtschaftsordnung
- Folge 14: (vergriffen) Grundgesetz und Schule – Schulpflicht – Das Elternrecht und die Freiheit der Lehrer – Die Schulrechtsdiskussion – Kolloquium des Seminars für freiheitliche Ordnung in Heidenheim/Brenz – über das Bodenproblem
- Folge 15: Staat – Wirtschaft – Erziehung: Das Wesen des Staates – Die Urformen der Wirtschaft – Das Ziel der Erziehung
- Folge 16: Gedanken zum Tag der deutschen Einheit 1960 – Demokratie und Sozialversicherung – Das Trinitätsgesetz im Lichte von Goethes Märchen von der grünen Schlange und der schönen Lilie – Zum 75. Geburtstag von Prof. Dr. Alexander Rüstow – Gedanken aus Österreich – Die Schulrechtsdiskussion – Pfingsttagung, 1960 in Stuttgart – Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 16. bis 19. Juni 1960 in Dorweiler/Hunsrück

- Folge 17: Das Systemprogramm des deutschen Idealismus (Friedrich Wilhelm Joseph Schelling, Frühjahr 1796) – Die Freiheitsfrage – Goethes Kunstanschauung – Schulrechtsdiskussion – Neue Schulgesetzentwürfe in Hessen – Arbeitstagung des Seminars für freiheitliche Ordnung am 2. und 3. Juli 1960 in München
- Folge 18/19: Die Idee des Abendlandes; vom Hellenentum zum Goetheanismus – Sozialismus – Schulrechtsdiskussion – Bericht über die Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 28. 10. bis 1. 11. 1960 in Wuppertal
- Folge 20: Individualität und Sozialerkenntnis – Der Goetheanismus als Schlüssel zum Verständnis der sozialen Frage – Das Gesetz von Polarität und Steigerung, angewandt in der Gemeinschaftskunde – Berichte über die neunte Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 6. bis 8. Januar 1961 in Heidenheim/Brenz
- Folge 21: Der 6. März 1961, Gedanken zur Aufwertungsdebatte – Über die Goetheanistische Erkenntnismethode – In memoriam Alexander Meier-Lenoir – Elternrecht und staatliche Subventionierung der Erziehung an freien Schulen – Der funktionsfähige soziale Organismus – Das Gesetz von Polarität und Steigerung, angewandt in der Gemeinschaftskunde – Die Wirtschaft
- Folge 22: Merits and pitfalls in „Foreign aid“, Vor- und Nachteile der Entwicklungshilfe – Der Mensch im Lichte der Goetheanistischen Erkenntnismethode – Zur Finanzierung freier Schulen – Der funktionsfähige soziale Organismus – Das Gesetz von Polarität und Steigerung, angewandt in der Gemeinschaftskunde – Das Geld
- Folge 23: Das Elternrecht und das deutsche Bildungswesen – Der Föderalismus und das deutsche Bildungswesen – Das Primat der Kultur im sozialen Organismus – Wer erzieht unsere Kinder?
- Folge 24: Der Ost-West-Gegensatz als Schicksal und Aufgabe – Utopie oder Wirklichkeit – Beitrag zur Bodenrechts-Diskussion – Staatliches Bildungswesen – „Die Sozialordnung als Organ der Freiheit“, 10. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 1. bis 9. August 1961 in Hard/Vorarlberg
- Folge 25: (vergriffen) Vom Wesen der Arbeit. Eine sozialpädagogische Studie – Neue Wege freiheitlicher Politik. Die gegenwärtige Situation der freiheitlichen Bewegung und ihre Chance – Grundrechte und Naturrecht – Über Partnerschaft in der Wirtschaft – Freiheit der Erziehung und Kultureinheit. Brief an einen Soziologen – Die Grundsätze des freien Kulturlebens – Die Kulturpolitik in den Wahlprogrammen
- Folge 26: Was verstehen wir unter „freiheitlicher Ordnung“ von Wirtschaft, Staat und Kultur und wodurch ist diese freiheitliche Ordnung funktionsfähig? – Über die sittliche Haltung im Wirtschaftsprozeß – Die Einführung der Reifeprüfung – Bericht über die Wintertagung des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 29. 12. 1961 bis 1. 1. 1962 in Heidenheim/Brenz
- Folge 27: Zur Biographie eines Freiheitssuchers – Zehn Millionen Schulprogramme. Über die Notwendigkeit der Freiheit des Erziehungswesens – Ein Individualist – Ist Vollbeschäftigung bei zugleich fixen Wechselkursen und stabilem Geldwert möglich?
- Folge 28: Veni creator spiritus – Gedanken zum fünfjährigen Bestehen der Schriftenreihe „Fragen der Freiheit“ – Konjunkturpolitik am Scheidewege – Partnerschaft. Gedanken zur Neuordnung des Arbeitsverhältnisses – Der Schwarze Dienstag
- Folge 29: Die Idee der Gerechtigkeit bei Thomas von Aquino – Die Idee der Gerechtigkeit im Hinblick auf das Ost-West-Problem – Aus einem Brief, betreffend Schulpolitik – Die Quadratur des Kreises. Betrachtungen zur konjunkturpolitischen Lage – Die politische Gemeinschaftskunde – Berichte über die 12. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 2. bis 10. August 1962 in Herrsching/Ammersee, Thema: „Die Idee der Gerechtigkeit im Hinblick auf das Ost-West-Problem“
- Folge 30: Von der Grundrente und ihrer Heimholung – Inflation oder Krise? – Starre und Offenheit im deutschen Bildungssystem – Koexistenz bis aufs Messer – Die politische Gemeinschaftskunde: Der Staat
- Folge 31: Was verstehen wir unter Freiheit? – Erkenntnisfrage – Schicksalsfrage – Stufen der Goethe'schen Erkenntnisart – Die politische Gemeinschaftskunde

- Folge 32: Das Arbeitsverhältnis als betrieblich-ökonomisches, sozialrechtliches und ordnungspolitisches Problem – Neuordnung des Arbeitsverhältnisses durch betriebliche Partnerschaft, eine dringende Forderung der Gegenwart – Wo bleibt die Krise? – Die politische Gemeinschaftskunde: Die Wirtschaft – Bericht über die 13. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 3. bis 6. Januar 1963 in Bad Boll, Thema: „Neuordnung des Arbeitsverhältnisses durch betriebliche Partnerschaft, eine dringende Forderung der Gegenwart“
- Folge 33: Grundgesetz und freiheitliche Ordnung von Wirtschaft, Staat und Kultur – Neuordnung des Arbeitsverhältnisses durch betriebliche Partnerschaft, eine dringende Forderung der Gegenwart – Wie soll es weitergehen? – Europas politisches Gewicht – Der Preis ist zu hoch – Bilanz der Bundesbank – Die politische Gemeinschaftskunde
- Folge 34: Die Privatschulfreiheit im Bonner Grundgesetz – Versuch über einige theoretische Grundfragen der Schulpolitik
- Folge 35: Mitbeteiligung der Eltern im Schulwesen – Jenseits von Macht und Anarchie – Die Sozialordnung der Freiheit – Zur politischen Lage im Sommer 1963 – Die politische Gemeinschaftskunde: Die Kultur
- Folge 36: Hoffnung auf die Erhaltung der Freiheit – Die Erhaltung der Freiheit; Europas philosophische und ordnungspolitische Aufgabe – Arbeitsgemeinschaft für Verfassungsrecht – Die politische Gemeinschaftskunde: Wissenschaft, Kunst, Religion – Bericht über die 14. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 2. bis 11. August 1963 in Herrsching/Ammersee, Thema: „Die Erhaltung der Freiheit – Europas philosophische und ordnungspolitische Aufgabe“
- Folge 37: Die zentrale Idee der abendländischen Kultur – Phänomenologie der Erkenntnis – Soziologische Fragen – Über Verfassung und demokratische Volksvertretung – Die politische Gemeinschaftskunde: Die Entwicklung der Sozialordnung in der Geschichte, Der Gottesstaat – Colloquium des Seminars für freiheitliche Ordnung am 4. und 5. Januar 1964 in Heidenheim/Brenz (Novelle zum Arzneimittelgesetz, Baden-Württembergisches Schulverwaltungsgesetz)
- Folge 38: Lösung der Bodenfrage im Sinne des Privateigentums und der Sozialen Marktwirtschaft – Zur Konjunkturpolitik – Die politische Gemeinschaftskunde: Griechenland – Rom
- Folge 39: In memoriam Otto Lautenbach – Aus dem Manifest der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit – Zur Frage der Geldwertstabilität – Zur Währungspolitik
- Folge 40: Nicolaus von Cues – Individualismus, Kollektivismus und freie Gemeinschaftsbildung – Die Erziehung zur Menschenwürde – Naturrecht des Kindes – Politische Gemeinschaftskunde: Die Kultur der germanischen Völker – Berichte über die 16. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 29. Juni bis 7. August 1964 in Herrsching/Ammersee, Thema: „Kollektivismus – Individualismus und freie Gemeinschaftsbildung“
- Folge 41: Thomas von Aquino und der Kampf um die Wirklichkeit der Ideen – Was heißt Philosophieren? Was Philosophie nach Thomas von Aquino zu leisten imstande, und inwieweit die Ordnung der Gesellschaft auf dieses Leistung angewiesen ist? – Haben wir das Problem der wirtschaftlichen Dauerkonjunktur gelöst? – Politische Gemeinschaftskunde: Das Zeitalter des Humanismus, der Renaissance und der Reformation – „Die ordnungspolitischen Aufgaben des Staates im sozialen Ganzen als Voraussetzung der Erhaltung der Freiheit“, Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung in Verbindung mit dem Seminar „Die freie Meinung“ vom 27. bis 30. Dezember 1964 in Steinach am Brenner
- Folge 42: Bundesverfassungsrichter Prof. Dr. Erwin Stein: Über die Verantwortung des Gesetzgebers. Wie sollten Gesetze aussehen? – Problematik der staatlichen Anerkennung von Privatschulen vor dem Bundesverfassungsgericht. Zum Anspruch der freien Schulen auf eigene Prüfungen – Das Menschenbild als Inhalt der naturrechtlichen Forderung nach kultureller Freiheit – Politische Gemeinschaftskunde: Das Zeitalter des Fürstenabsolutismus und der Französischen Revolution
- Folge 43: Aristoteles und der Kampf um das Denken des Seins – Grundzüge freiheitlicher Politik – Professor Dr. Dr. h. c. Hans Carl Nipperdey 70 Jahre – Der Genossenschaftsgedanke in Israel – Fixe oder flexible Wechselkurse? – In memoriam Senatspräsident a. D. Dr. Ernst Knoll, Berlin

- Folge 44: Der SMJ der freiheitlichen Gemeinschaftsordnung - Forumgespräch - Politische Gemeinschaftskunde; Das Zeitalter des Wirtschaftsimperialisismus und des Kapitalismus - Sozialer Eintopf
- Folge 45/46: Die Unteilbarkeit der Freiheit - Bundesverfassungsrichter Anton Henneke: Wesen und Organisation der Verfassungsgerichtsbarkeit im Bunde - anschließendes Forumgespräch - Jenseits von Macht und Anarchie - Politische Ortsbestimmung im Jahre 1965 - Berichte über die 18. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 31. Juli bis 9. August 1965 in Herrsching/Ammersee, Thema: „Die Unteilbarkeit der Freiheit“
- Folge 47/48: Die Freiheit ist unteilbar - Die Gegenwartsprobleme im Lichte der neueren Geschichte - Grundgesetz und Politik - Die Zukunft der Demokratie - Das Menschenbild des dialektischen Materialismus - Das richterliche Prüfungsrecht
- Folge 49: Grundgesetz und Politik, 2. Teil - 15 Jahre Streit um die Wirtschaftsverfassung, eine Analyse - Die Dringlichkeit der Bodenordnung - Rechtsphilosophie in neuer Sicht - Colloquium des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 27. bis 30. Dezember 1965 in Heidenheim/Brenz: „Nach ungelöste Probleme der freiheitlichen Ordnung“ (Konjunkturlehre, Bodenrecht, die Produktionsfaktoren Boden - Arbeit - Kapital)
- Folge 50: Zum 50. Erscheinen von „Fragen der Freiheit“ - Freiheit, die ich meine . . . Glückwunsch aus Österreich - Zukunftsglaube - Die unteilbare Freiheit - Die freiheitliche Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft als Konsequenz der abendländischen Geistesströmung - Professor Dr. Paul Heinrich Diehl 80 Jahre alt - „Was ist Wahrheit?“
- Folge 51: Das Bodenproblem einst und jetzt - Aperçu zum Schulproblem - Verfassung und Verfassungswirklichkeit
- Folge 52/53: Grundgesetz und Wirtschaftsordnung - John Maynard Keynes - Die Frage nach dem optimalen Wirtschaftssystem - Das Bodenproblem einst und jetzt, Fortsetzung - Versöhnung mit dem Kommunismus?
- Folge 54/55: Das Wesen der Verfassung - Das Bodenproblem einst und jetzt, Fortsetzung und Schluß von Folge 52/53 - Verfassung und Wirtschaft - Bericht über die 20. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung - Herrsching 1966
- Folge 56/57: Wieviel Freiheit steht dem Bürger zu? - Grundgesetz und Politik - Phänomenologie der Erkenntnis - Ohne Erkenntnissicherheit keine menschenwürdige soziale Ordnung - Nach Kiesingers Regierungserklärung
- Folge 58: Das Wesen des Naturrechts - Der neue Kurs - Gerechtigkeit im Arbeitsverhältnis - Echo auf die Schrift „Beiträge zur Lösung der Bodenfrage“ - SAG, ein neues Zahlungssystem
- Folge 59: Die keynesianische Revolution - Sicherung der monetären Stabilität in der Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik - Konkurrenz hinwegdefinieren?
- Folge 60/61: 50 Jahre Soziale Dreigliederung - Friedrich Wilhelm von Schelling auf Goethe - Freiheitliche Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft - Christlicher Pluralismus -? - Gedanken zum nächstlichen Konflikt - Die keynesianische Revolution (Fortsetzung und Schluß von Folge 59)
- Folge 62/63: Wahrheit - Denken und Erkennen als Wesensgrundlage der menschlichen Gemeinschaft - Mit Phrasen leben, eine Betrachtung über den notwendigen Mut zum Wahrhaftigen im sozialen Leben - Die Gotische Münzordnung - „Krisis der Demokratie?“ - Gedanken zur 21. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung 1967 in Herrsching/Ammersee
- Folge 64/65: Krisis der Demokratie? - Machtpolitik oder Strukturpolitik? - Wozu Erkenntnistheorie? - Idee und Wirklichkeit der Schule der Freiheit - Bodenmonopol und Demokratie - Zur Abwertung des englischen Pfundes - Erkennen und Handeln - Otto Valentin 70 Jahre
- Folge 66/67: Begabtenförderung und Privatschulgarantie, ein verfassungsrechtliches Verfahren in Dokumenten - Der dreigliedrige Mensch, zu dem kürzlich erschienenen Werk von Dr. Lothar Vogel - Zahlen aus der Volkswirtschaft

- Folge 68: Prof. Dr. Romano Guardini, Pluralismus und Entscheidung – Die Bodenwerte steigen um 100 Milliarden DM – Die Zerteilung des Goldmarktes – Vater, was ist eigentlich ein Dollar? – Das Zinsproblem – Zahlen aus der Volkswirtschaft – Besuch bei Picasso – Die Enzyklika „Populorum progressio“ und die Wirtschaftsfrage
- Folge 69: Über die geistigen Grundlagen der Sozialen Bewegung – Robert F. Kennedy – Die Kulturkrise als Bewußtseinsproblem – Zahlen aus der Volkswirtschaft – 22. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 2. bis 12. August 1968 in der Bauernschule in Herrsching am Ammersee „Kulturordnung als Ursprung und Ziel der Sozialordnung“
- Folge 70: Eröffnungsansprache: Kulturordnung Ursprung und Ziel der Sozialordnung – Vor sozialen Entscheidungen, die Studentenunruhen und die bürgerliche Welt – Der freiheitliche Sozialismus, die Tragödie von Prag – Das Ende des Weltkommunismus, der sowjetische Überfall auf die Tschechoslowakei – Wirkliche Demokratie – eine Utopie? – Eine Schule der Freiheit – Seitherige Tagungen und Kolloquien des Seminars für freiheitliche Ordnung – Zahlen aus der Volkswirtschaft – Zahlen zum Nachdenken
- Folge 71: Die geistigen Hintergründe der Jugendunruhen und die Wissenschaft – Das politische Unbehagen der Studenten – Nationalrat Werner Schmid, Zürich, 70 Jahre – Bericht über die 22. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 2. bis 12. August 1968 in Herrsching am Ammersee – Zahlen aus der Volkswirtschaft – Kommentare zu „Das Zinsproblem“
- Folge 72: (vergriffen) Idee und Wirklichkeit, Betrachtungen zur Erkenntnistheorie – Wir trauern um Hans Carl Nipperdey – Die Schule der Demokratie und die Demokratisierung des Erziehungswesens – Leserbrief an die FAZ – Ununterbrochene Serie von Währungskrisen – Raumordnung und Bodenrecht – Zahlen aus der Volkswirtschaft
- Folge 73/74: 50 Jahre Freie Waldorfschule, die Bedeutung der Waldorfschulbewegung – Zur gegenwärtigen kulturpolitischen Situation – Das Dilemma der deutschen Soziologie, Bemerkungen zum 16. Deutschen Soziologentag – Aperçu zum Problem der autoritären Strukturen und ihrer Überwindung im Bildungswesen und in der Wirtschaft – Über die schleichende Inflation – Versuchung des Dirigismus – Zahlen aus der Volkswirtschaft – Berichte: Die Theorie des freiheitlichen Sozialismus – Bericht des Arbeitskreises Berlin – Gedanken über Staat, Jugend und Erziehung – Gustav Bohnsack: „Gesellschaft – Raumordnung – Städtebau – Grund und Boden“
- Folge 75: Woran scheiterte bisher die Bildungsreform?, ein Beitrag zur Soziologie des Erziehungswesens – Was heißt „sozial“ in der Wirtschaft? (Bemerkungen zum Begriff der „sozialen Marktwirtschaft“) – Konjunkturstabilität durch leichte Inflation – Zahlen aus der Volkswirtschaft
- Folge 76: Zwanzig Jahre Grundgesetz – Stellungnahme zu den Empfehlungen des Deutschen Bildungsrates zur Neugestaltung der Abschlüsse im Sekundarschulwesen – Marktwirtschaft und Bodenordnung – Zahlen aus der Volkswirtschaft – Programm: 23. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung in Herrsching am Ammersee vom 2. bis 12. August 1969. Thema: Die Sozialordnung als Schule der Freiheit – Die Überwindung der autoritären Strukturen in unserem Wirtschafts- und Bildungssystem –

Beim Sammelbezug aller bis jetzt erschienenen noch lieferbaren Folgen „Fragen der Freiheit“ wird der Druckkostenpreis pro Einzelheft auf 1,70 DM ermäßigt.

DIE FREIE
KUNST-STUDIENSTATTE
OTTERSBERG

Plastik
Graphik
Malerei

Vollstudium
für das soziale
Wirken der Kunst

Kunst-Studiengänge
für jedermann von
beliebiger Zeitdauer

Vermittlung von Entwürfen
und Gestaltungsaufträgen
jeder Art

2133 OTTERSBERG / BEZIRK BREMEN
Am Wiestbruch 66 / Telefon 0 42 05 - 5 96

Aus technischen Gründen folgt das für August vorgesehene Heft „Fragen der Freiheit“ schon im Juli.

Die mitarbeitenden Autoren tragen die Verantwortung für ihre Beiträge selbst.

Druckkostenbeitrag: Zwecks Vereinfachung der Buchhaltungsarbeit werden die Leser von „Fragen der Freiheit“ gebeten, wenn möglich, den Druckkostenbeitrag jeweils für mehrere Folgen zu übersenden. Besten Dank!

Die Schriftenreihe „Fragen der Freiheit“, herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung der Wirtschaft, des Staates und der Kultur, erscheint als privater Manuskriptdruck sechsmal im Jahr, und zwar alle zwei Monate. Sie verbindet die Freunde des „Seminars für freiheitliche Ordnung“ (Sitz: 6554 Meisenheim/Glan, Herzog-Wolfgang-Str. 13b) miteinander. Wirtschaftliche Interessen sind mit der Herausgabe nicht verbunden. Der Druckkostenbeitrag ist so bemessen, daß sich die Schriftenreihe gerade selbst trägt.

Herausgeber: Seminar für freiheitliche Ordnung der Wirtschaft, des Staates und der Kultur durch Dr. Lothar Vogel, 79 Ulm, Römerstraße 97.

Bezugspreis: für das Einzelheft Richtsatz DM 2,50, für das Doppelheft DM 5,-

Bezug: „Fragen der Freiheit“, 6554 Meisenheim/Glan, Herzog-Wolfg.-Str. 13b, Tel. (0 67 53) 6 69
Postscheck: Seminar für freiheitliche Ordnung der Wirtschaft, des Staates und der Kultur, Bad Kreuznach, 6554 Meisenheim, Konto-Nr. 261 404 Postscheckkonto Frankfurt a. Main.

Banken: Volksbank Meisenheim Konto „Fragen der Freiheit“ Nr. 5611 — SAG-Konto 7474
ISAG-Verein (Selbsthilfe auf Gegenseitigkeit) — Volksbank Bad Reichenhall, Zweigstelle 8228
Freilassing, Vredestraße 7

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Herausgebers

Druck: Jung & Co., Bad Kreuznach, Am Kornmarkt

